

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	LVII
Literaturverzeichnis .....	LXV

## Einleitung

I. MAVO und KAGO als eigenständige kirchengesetzliche Regelungen im säkularen Staat .....	1
II. Ursprung, Inhalt und Grenzen der kirchenautonomen Betriebsverfassung .....	3
III. Grundordnung und Grundsatz der kirchlichen „Dienstgemeinschaft“ .....	5
IV. Besondere Auslegungsgrundsätze, eingeschränkte Wirkung? .....	7

## Rahmenordnung für eine Mitarbeitervertretungsordnung – MAVO –

<b>Präambel</b> .....	11
I. Grundlegende Einordnung .....	12
II. Dreifache Sendung .....	14
III. Religiöse Dimension .....	16
IV. Die Mitarbeitenden .....	17
V. Dienstgemeinschaft .....	18
VI. Beteiligungsanspruch .....	24
VII. Mitwirkungsbedingungen .....	25
VIII. Vertrauensvolle Kooperation .....	26
IX. Selbstbestimmungsrecht .....	27
X. Grundordnungsbezug .....	30

## Allgemeine Vorschriften

<b>§ 1 Geltungsbereich</b> .....	31
I. Die MAVO als Rechtsquelle .....	32
II. Die Systematik der Geltungsregeln .....	32
1. Sachlicher Geltungsbereich .....	32
2. Räumlicher Geltungsbereich („Territorialitätsprinzip“) .....	36
III. Prozessuales .....	37
<b>§ 1a Bildung von Mitarbeitervertretungen</b> .....	37
I. Im Grundsatz: Errichtungspflicht (Abs. 1) .....	38
1. Initiativpflicht des Dienstgebers .....	38
2. Rechtsstellung der Mitarbeitervertretung .....	39
II. Ausnahme: Zustimmungslösung bei Spaltung oder Fusion (Abs. 2) .....	40
III. Prozessuales .....	42

VII

<b>§ 1b Gemeinsame Mitarbeitervertretung</b> .....	43
I. Zweck und Modelle der gemeinsamen Mitarbeitervertretung .....	43
II. Inhalt und Verfahren der Vereinbarungslösung (Abs. 1) .....	44
1. Freiwilligkeit beider Seiten .....	44
2. Dienstvereinbarung nach § 38 Abs. 1 Nr. 14 .....	45
3. Funktionsnachfolge und Amtskontinuität .....	46
III. Genehmigung durch den Ordinarius (Abs. 2) .....	46
IV. Prozessuales .....	47
<b>§ 2 Dienstgeber</b> .....	47
I. „Dienstgeber“ als kirchlicher Rechtsbegriff .....	48
II. Zuordnung zum Rechtsträger der Einrichtung (Abs. 1) .....	50
1. Kirchlicher Rechtsträger .....	50
2. Verfasste Kirche (Körperschaften) .....	51
3. Privatrechtliche Rechtsträger (insbes. Caritas) .....	52
III. Vertretungsregelungen (Abs. 2) .....	52
1. Gesetzliche Vertretung bzw. bestellte Leitung (S. 1) .....	52
2. Beauftragung zur Vertretung (S. 2) .....	53
<b>§ 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b> .....	54
I. Der umfassende persönliche Geltungsbereich .....	55
II. Die positive Bestimmung des Mitarbeiter-Begriffs (Abs. 1) .....	56
1. „Dienst- oder Arbeitsverhältnis“ (S. 1 Nr. 1) .....	57
2. Ordensmitglieder (S. 1 Nr. 2) .....	59
3. Gestellte Mitarbeiter/innen (S. 1 Nr. 3) .....	59
4. Auszubildende (S. 1 Nr. 4) .....	61
5. Ausschluss von Leiharbeitskräften (S. 2) .....	61
III. Ausnahmen wegen Dienstgeberfunktion (Abs. 2) .....	63
1. Gesetzliche Vertretung bzw. bestellte Leitung (Nrn. 1, 2) .....	63
2. Beauftragung zur Vertretung (Nrn. 3, 4) .....	64
IV. Geistliche, Rehabilitanden (Abs. 2 Nr. 5, 6) .....	67
1. Leitung durch Geistliche (Nr. 5) .....	67
2. Rehabilitationsverhältnisse (Nr. 6) .....	67
V. Besondere Stellung der Geistlichen und Ordensleute (Abs. 3) .....	68
VI. Prozessuales .....	69
<b>§ 4 Mitarbeiterversammlung</b> .....	69
I. Zweck der Norm .....	70
II. Teilnehmer der Mitarbeiterversammlung (S. 1) .....	71
III. Teilnahme des Dienstgebers (S. 2) .....	72
IV. Ausnahmsweise: Teilversammlungen (S. 3) .....	73
V. Prozessuales .....	74
<b>§ 5 Mitarbeitervertretung</b> .....	74
I. Zweck der Norm .....	75
II. Rechtliche Folgen der „Organstellung“ der MAV .....	76
III. Rechtsstellung und Haftung der MAV-Mitglieder .....	77

## Die Mitarbeitervertretung

<b>§ 6 Voraussetzung für die Bildung der Mitarbeitervertretung – Zusammensetzung der Mitarbeitervertretung</b> .....	79
I. Allgemeines .....	80
II. Voraussetzungen der Bildung einer Mitarbeitervertretung (§ 6 Abs. 1) .....	80
1. Begriff der Einrichtung .....	80
2. Mindestzahl an Wahlberechtigten und wählbaren Personen ....	81
3. Regelmäßige Beschäftigung .....	82
III. Größe der Mitarbeitervertretung (§ 6 Abs. 2) .....	83
IV. Wahl einer Mitarbeitervertretung in einer Einrichtung mit nicht selbstständig geführten Stellen (§ 6 Abs. 3) .....	85
V. Repräsentation von Dienstbereichen, Gruppen und Geschlechtern (§ 6 Abs. 4) .....	87
VI. Stichtag für Zahl der Mitglieder (§ 6 Abs. 5) .....	88
VII. Prozessuales .....	88
VIII. Vergleichbare Vorschriften .....	89
<b>§ 7 Aktives Wahlrecht</b> .....	90
I. Allgemeines .....	91
II. Voraussetzungen der Wahlberechtigung (§ 7 Abs. 1) .....	91
1. Wahltag als Stichtag .....	91
2. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	92
3. Vollendung des 18. Lebensjahres .....	92
4. Mindestens sechs Monate ohne Unterbrechung in Einrichtung desselben Dienstgebers tätig .....	92
5. Eintragung in das Wählerverzeichnis? .....	94
III. Wahlberechtigung besonderer Personen (§ 7 Abs. 2–3) .....	94
1. Abgeordnete Mitarbeiter (§ 7 Abs. 2) .....	95
2. Leiharbeitskräfte (§ 7 Abs. 2a) .....	96
3. Auszubildende (§ 7 Abs. 3) .....	97
IV. Ausschluss der Wahlberechtigung (§ 7 Abs. 4) .....	98
1. Mit Besorgung aller Angelegenheiten befasster nicht nur vorübergehend bestellt Betreuer (§ 7 Abs. 4 Nr. 1) .....	98
2. Am Wahltag für mindestens noch sechs Monate unter Wegfall der Bezüge beurlaubt (§ 7 Abs. 4 Nr. 2) .....	98
3. In Freistellungsphase eines nach dem Blockmodell vereinbarten Altersteilzeitverhältnisses (§ 7 Abs. 4 Nr. 3) .....	100
V. Prozessuales .....	100
VI. Vergleichbare Vorschriften .....	101
<b>§ 8 Passives Wahlrecht</b> .....	101
I. Allgemeines .....	101
II. Voraussetzungen der Wählbarkeit (§ 8 Abs. 1) .....	102
1. Wahltag als Stichtag .....	102
2. Wahlberechtigung gemäß § 7 .....	102
3. Mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung im kirchlichen Dienst .....	103

4. Ununterbrochen seit sechs Monaten in einer Einrichtung desselben Dienstgebers tätig .....	104
III. Ausschluss der Wählbarkeit (§ 8 Abs. 2) .....	104
IV. Prozessuales .....	106
V. Vergleichbare Vorschriften .....	107
<b>§ 9 Vorbereitung der Wahl .....</b>	<b>107</b>
I. Allgemeines .....	108
II. Wahltagbestimmung durch die Mitarbeitervertretung (§ 9 Abs. 1) .....	108
III. Bestellung der Mitglieder des Wahlausschusses (§ 9 Abs. 2) .....	109
IV. Ausscheiden eines Mitglieds aus dem Wahlausschuss (§ 9 Abs. 3) ..	110
V. Aufstellung des Wählerverzeichnisses und Einspruch (§ 9 Abs. 4) ..	111
1. Erstellung einer Liste der wahlberechtigten und wählbaren Personen .....	111
2. Auslegung zur Einsichtnahme .....	112
3. Einspruch gegen die Eintragung oder Nichteintragung .....	112
4. Entscheidung des Wahlausschusses über den Einspruch .....	113
VI. Wahlvorschläge durch die Wahlberechtigten (§ 9 Abs. 5–7) .....	113
1. Aufforderung zur Abgabe von Wahlvorschlägen .....	113
2. Einreichung von Wahlvorschlägen .....	114
3. Prüfung der Wählbarkeit durch den Wahlausschuss .....	114
VII. Bekanntgabe der kandidierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (§ 9 Abs. 8) .....	115
VIII. Prozessuales .....	116
IX. Vergleichbare Vorschriften .....	116
<b>§ 10 Dienstgeber-Vorbereitungen zur Bildung einer        Mitarbeitervertretung .....</b>	<b>116</b>
I. Allgemeines .....	117
II. Einladung zur Mitarbeiterversammlung (§ 10 Abs. 1 S. 1, Abs. 1a MAVO) .....	118
III. Wahl des Wahlausschusses und dessen Befugnisse (§ 10 Abs. 1 S. 2–4) .....	118
1. Leitung der Mitarbeiterversammlung (§ 10 Abs. 1 S. 2) .....	118
2. Wahl des Wahlausschusses durch die Mitarbeiterversammlung (§ 10 Abs. 1 S. 3) .....	119
3. Befugnisse und Pflichten des Wahlausschusses (§ 10 Abs. 1 S. 3, S. 4) .....	119
IV. Scheitern der Bildung eines Wahlausschusses (§ 10 Abs. 2) .....	120
V. Sonderregelung für neue Einrichtungen (§ 10 Abs. 3) .....	120
VI. Prozessuales .....	120
VII. Vergleichbare Vorschriften .....	121
<b>§ 11 Durchführung der Wahl .....</b>	<b>121</b>
I. Allgemeines .....	122
II. Wahlrechtsgrundsätze (§ 11 Abs. 1) .....	122
III. Wahl durch Abgabe von Stimmzetteln (§ 11 Abs. 2, Abs. 3) .....	123
1. Ausgestaltung des Stimmzettels .....	123

2. Kennzeichnung durch Ankreuzen, Höchstzahl der Stimmen, Ungültigkeit des Stimmzettels .....	124
3. Einwurf des Stimmzettels in die Wahlurne .....	124
IV. Briefwahl (§ 11 Abs. 4, Abs. 4a) .....	124
V. Feststellung des Wahlergebnisses und Bekanntgabe (§ 11 Abs. 5–7) .....	125
VI. Aufbewahrung der Wahlunterlagen, Kosten der Wahl (§ 11 Abs. 8) .....	127
VII. Prozessuales .....	128
VIII. Vergleichbare Vorschriften .....	128

### **§§ 11a bis c Vereinfachtes Wahlverfahren**

<b>§ 11a Voraussetzungen</b> .....	129
I. Allgemeines .....	129
II. Voraussetzungen für die Durchführung eines vereinfachten Wahlverfahrens .....	129
1. Wahlmöglichkeit im vereinfachten Verfahren (§ 11a Abs. 1) ...	130
2. Kein Ausschluss durch die Mitarbeiterversammlung (§ 11a Abs. 2) .....	130
III. Prozessuales .....	130
IV. Vergleichbare Vorschriften .....	131
<b>§ 11b Vorbereitung der Wahl</b> .....	131
I. Allgemeines .....	131
II. Vorbereitung der Wahl im vereinfachten Wahlverfahren .....	131
III. Prozessuales .....	132
IV. Vergleichbare Vorschriften .....	132
<b>§ 11c Durchführung der Wahl</b> .....	132
I. Allgemeines .....	133
II. Durchführung der Wahl im vereinfachten Verfahren .....	133
1. Leitung der Wahlversammlung (§ 11c Abs. 1) .....	133
2. Ablauf der Wahl (§ 11c Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4) .....	133
3. Sonstiges (§ 11c Abs. 4) .....	134
III. Prozessuales .....	134
IV. Vergleichbare Vorschriften .....	134
<b>§ 12 Anfechtung der Wahl</b> .....	135
I. Allgemeines .....	135
II. Zulässigkeit der Wahlanfechtung (§ 12 Abs. 1) .....	136
III. Entscheidung des Wahlausschusses über die Wahlanfechtung (§ 12 Abs. 2) .....	137
IV. Klage beim Kirchlichen Arbeitsgericht (§ 12 Abs. 3) .....	139
V. Folgen einer für ungültig erklärten Wahl (12 Abs. 4, Abs. 5) .....	139
VI. Kosten, Prozessuales .....	140
VII. Vergleichbare Vorschriften .....	140
<b>§ 13 Amtszeit der Mitarbeitervertretung</b> .....	140
I. Allgemeines .....	142
II. Einheitlicher Wahlzeitraum (§ 13 Abs. 1) .....	142

III. Regelmäßige Amtszeit (§ 13 Abs. 2) .....	143
1. Beginn .....	143
2. Ende .....	145
3. Dauer .....	145
IV. Vorzeitige Neuwahlen (§ 13 Abs. 3 Nr. 1–6) .....	145
1. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten (Nr. 1) .....	146
2. Reduzierte Gesamtzahl der Mitglieder der Mitarbeitervertretung (Nr. 2) .....	147
3. Rücktrittsbeschluss der Mitarbeitervertretung (Nr. 3) .....	148
4. Erfolgreiche Anfechtung der Wahl der Mitarbeitervertretung (Nr. 4) .....	149
5. Misstrauensvotum der Mitarbeiterversammlung (Nr. 5) .....	149
6. Auflösung der Mitarbeitervertretung durch rechtskräftige Entscheidung der kirchlichen Gerichte für Arbeitsachen (Nr. 6) .....	149
V. Wahl bei Nichtbestehen einer Mitarbeitervertretung (§ 13 Abs. 4) .....	151
VI. Folgen einer Wahl außerhalb des einheitlichen Wahlzeitraums (§ 13 Abs. 5) .....	152
VII. Prozessuales .....	152
VIII. Vergleichbare Vorschriften .....	153
<b>§ 13a Weiterführung der Geschäfte</b> .....	153
I. Allgemeines .....	154
II. Voraussetzungen für Weiterführung der Geschäfte gemäß § 13a ...	154
III. Dauer und Inhalt der Geschäftsführung, Personelle Zusammensetzung und Kosten .....	155
1. Dauer .....	155
2. Inhalt .....	155
3. Personelle Zusammensetzung .....	156
4. Kosten .....	156
IV. Prozessuales .....	156
V. Vergleichbare Vorschriften .....	156
<b>§ 13b Ersatzmitglied, Verhinderung des ordentlichen Mitglieds und     ruhende Mitgliedschaft</b> .....	156
I. Allgemeines .....	157
II. Ausscheiden eines Mitglieds aus der Mitarbeitervertretung, Eintritt des nächstberechtigten Ersatzmitglieds (§ 13b Abs. 1) .....	157
1. Voraussetzungen des Ausscheidens .....	158
2. Eintritt des nächstberechtigten Ersatzmitglieds .....	158
III. Zeitweilige Verhinderung eines Mitglieds der Mitarbeitervertretung (§ 13b Abs. 2) .....	159
1. Voraussetzungen einer zeitweiligen Verhinderung, Entscheidungsbefugnis der Mitarbeitervertretung .....	159
2. Eintreten des nächstberechtigten Ersatzmitglieds .....	161
IV. Ruhen der Mitgliedschaft in der Mitarbeitervertretung (§ 13b Abs. 3) .....	161
1. Voraussetzungen des Ruhens .....	161

2. Eintreten des nächstberechtigten Ersatzmitglieds .....	162
V. Prozessuales .....	162
VI. Vergleichbare Vorschriften .....	162
<b>§ 13c Erlöschen der Mitgliedschaft</b> .....	162
I. Allgemeines .....	163
II. Erlöschen der Mitgliedschaft in der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 1–4) .....	163
1. Ablauf der Amtszeit der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 1) ...	164
2. Niederlegung des Amtes (§ 13c Nr. 2) .....	164
3. Ausscheiden aus der Einrichtung oder Eintritt in die Freistellungsphase (§ 13c Nr. 3) .....	165
4. Rechtskräftige Entscheidung der kirchlichen Gerichte für Arbeitsachen (§ 13c Nr. 4) .....	167
III. Prozessuales .....	169
IV. Vergleichbare Vorschriften .....	170
<b>§ 13d Übergangsmandat</b> .....	170
I. Allgemeines .....	171
II. Voraussetzung des Übergangsmandats gemäß § 13d Abs. 1, Abs. 2 .....	172
1. Spaltung einer Einrichtung (§ 13d Abs. 1) .....	173
2. Zusammenlegung von Einrichtungen oder Teilen von Einrichtungen (§ 13d Abs. 2) .....	174
III. Dauer, Inhalt, Personelle Zusammensetzung und Kosten des Übergangsmandats .....	175
1. Dauer .....	175
2. Inhalt .....	175
3. Personelle Zusammensetzung .....	176
4. Kosten .....	177
IV. Spaltung und Zusammenlegung im Zusammenhang mit Betriebsveräußerung oder Umwandlung (§ 13d Abs. 3) .....	177
V. Eingliederung einer Einrichtung in Bezug auf den MAVO-Geltungsbereich (§ 13d Abs. 4) .....	178
VI. Verhältnis zum Restmandat .....	179
VII. Prozessuales .....	179
VIII. Vergleichbare Vorschriften .....	179
<b>§ 13e Restmandat</b> .....	179
I. Allgemeines .....	180
II. Untergang einer Einrichtung durch Stilllegung, Spaltung oder Zusammenlegung .....	180
1. Stilllegung .....	181
2. Spaltung .....	181
3. Zusammenlegung .....	182
III. Dauer, Inhalt, Personelle Zusammensetzung und Kosten des Restmandats .....	182
1. Dauer .....	182
2. Inhalt .....	182
3. Personelle Zusammensetzung .....	183

4. Kosten .....	183
IV. Verhältnis zum Übergangsmandat .....	184
V. Prozessuales .....	184
VI. Vergleichbare Vorschriften .....	184
<b>§ 14 MAVO Tätigkeit der Mitarbeitervertretung .....</b>	<b>185</b>
I. Übersicht .....	186
II. Konstituierung der Mitarbeitervertretung .....	187
1. Vergleichbare Vorschriften im staatlichen und evangelischen Recht .....	187
2. Einberufung der Mitarbeitervertretung .....	187
3. Wahlen .....	188
III. Vertrauensentzug .....	190
IV. Vertretung der Mitarbeitervertretung nach außen, § 14 Abs. 1 S. 4 und S. 5 .....	191
1. Vertretung im Rahmen der gefassten Beschlüsse .....	191
2. Entgegennahme von Erklärungen .....	192
V. Die Sitzungen der Mitarbeitervertretung, § 14 Abs. 3 bis 6 .....	193
1. Einberufung und Leitung .....	193
2. Vorbereitung und Ablauf der Sitzungen .....	193
3. Beschlussfassung, § 14 Abs. 5 .....	196
4. Niederschrift, § 14 Abs. 6 .....	199
5. Sitzungsmängel und Rechtsfolgen .....	200
6. Exkurs: Virtuelle Sitzungen und Beschlussfassung bei unabwendbaren Ereignissen, § 14 Abs. 4 S. 4 und 5 .....	201
VI. Verwahrung der Unterlagen der Mitarbeitervertretung, § 14 Abs. 7 .....	204
VII. Geschäftsordnung, § 14 Abs. 8 .....	204
VIII. Ausschüsse, § 14 Abs. 10 .....	206
IX. Sprechstunden .....	207
<b>§ 15 Rechtsstellung der Mitarbeitervertretung .....</b>	<b>208</b>
I. Übersicht und Geltungsbereich .....	210
II. Ehrenamt, Abs. 1 .....	211
1. Vergleichbare Vorschriften im staatlichen und evangelischen Recht .....	211
2. Normzweck .....	211
3. Weisungsrecht und Arbeitszeit .....	212
4. Prinzip der Unentgeltlichkeit .....	212
III. Freistellung, Abs. 2 und Abs. 3 .....	213
1. Freistellung im notwendigen Umfang, Abs. 2 (Anlass-Freistellung) .....	213
2. Pauschale Freistellung, Abs. 3 .....	217
3. Rechtsfolgen der Freistellung .....	223
IV. Freizeitausgleich, Abs. 4 .....	227
1. Voraussetzungen des Anspruchs auf Freizeitausgleich .....	228
2. Freizeitausgleich unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts .....	230
3. Abgeltung .....	231
4. Geltendmachung .....	232



V. Einigungsstelle, Abs. 5 .....	232
VI. Reisezeiten, Abs. 6 .....	233
<b>§ 16 Schulung der Mitarbeitervertretung und des Wahlausschusses</b> .....	<b>234</b>
I. Überblick .....	235
II. Entsprechende Vorschriften im BetrVG, BPersVG und MVG-EKD .....	236
1. §§ 37 Abs. 6, 7 BetrVG, 54 Abs. 1, 2 BPersVG .....	236
2. § 19 Abs. 3 MVG-EKD .....	237
III. Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitsbefreiung .....	238
1. Anspruchsinhaber .....	238
2. Schulungsteilnehmer .....	239
3. Schulungsveranstaltungen .....	241
4. Erforderlichkeit .....	241
5. Anerkennung als geeignet .....	249
6. Keine entgegenstehenden dienstlichen oder betrieblichen Erfordernisse .....	252
IV. Freistellungsverfahren .....	253
1. Beschluss durch die Mitarbeitervertretung .....	253
2. Antragserfordernis .....	254
3. Streitigkeiten .....	255
V. Rechtsfolgen .....	256
1. Arbeitsbefreiung .....	256
2. Fortzahlung der Bezüge .....	257
3. Kostenerstattung/Kostentragung .....	258
VI. Mitglieder des Wahlausschusses, Abs. 2 .....	259
1. Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitsbefreiung .....	259
2. Freistellungsverfahren .....	259
3. Rechtsfolgen .....	260
4. Anwendung des § 16 Abs. 1 S. 2, 3 .....	260
VII. Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, Abs. 3 .....	260
<b>§ 17 Kosten der Mitarbeitervertretung</b> .....	<b>261</b>
I. Überblick .....	263
II. Anwendungsbereich .....	264
1. Verweisungsnormen .....	264
2. Entsprechende Geltung für gemeinsame Mitarbeitervertretungen und erweiterte Gesamtmitarbeitervertretungen .....	264
3. Kostentragungspflicht in den Fällen der §§ 13a, d sowie bei Nichtigkeit der Wahl einer Mitarbeitervertretung .....	265
III. Die Kostentragungspflicht des Dienstgebers, Abs. 1 .....	266
1. Anspruchsinhaber .....	266
2. Voraussetzungen für die Entstehung der Kostentragungspflicht .....	266
3. Reisekosten, Abs. 1 S. 1 .....	269
4. Kosten für die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen, Abs. 1 S. 2, 1. Spiegelstrich .....	272
5. Kosten für die Beiziehung sachkundiger Personen Abs. 1 S. 2, 2. Spiegelstrich .....	273
	XV

6. Beauftragung eines Bevollmächtigten in Verfahren vor der Einigungsstelle bzw. vor den Kirchlichen Gerichten für Arbeitssachen, Abs. 1 S. 2, 3. und 4. Spiegelstrich .....	276
7. Aufwendungen der einzelnen Mitglieder der Mitarbeitervertretung .....	280
8. Modalitäten der Kostenerstattung .....	281
9. Haftung .....	281
10. Geltendmachung des Kostenerstattungsanspruchs .....	283
11. Ersatzansprüche des Dienstgebers .....	285
IV. Zurverfügungstellung sachlicher und personeller Hilfen (Abs. 2) ...	285
1. Räumlichkeiten .....	286
2. Sachliche Hilfen .....	288
3. Personelle Hilfen .....	294
V. Gemeinsame Mitarbeitervertretungen und erweiterte Gesamtmitarbeitervertretungen, Abs. 3 .....	295
<b>§ 18 MAVO Schutz der Mitglieder der Mitarbeitervertretung .....</b>	<b>296</b>
I. Allgemeines, Zweck der Vorschrift .....	297
II. Freiheit der Amtsausübung, Abs. 1 .....	298
1. Persönlicher Anwendungsbereich .....	298
2. Behinderungsverbot .....	299
3. Benachteiligungsverbot .....	301
4. Begünstigungsverbot .....	304
5. Dauer des Schutzes .....	306
6. Rechtsschutzmöglichkeiten .....	307
III. Schutz des Arbeitsentgelts, Abs. 1a .....	307
1. Allgemeines .....	307
2. Maßstab .....	308
3. Bemessung .....	309
4. Dauer .....	310
<b>§ 19 Kündigungsschutz .....</b>	<b>310</b>
I. Allgemeines .....	312
1. Entwicklung der Vorschrift .....	312
2. Zweck der Vorschrift .....	313
II. Geschützter Personenkreis .....	314
III. Außerordentliche Kündigung, Abs. 1 S. 1 .....	314
1. Voraussetzungen für den Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung .....	314
2. Ausspruch und Verfahren .....	317
3. Rechtsschutz .....	319
IV. Ordentliche Kündigung, Abs. 1 S. 2 .....	319
1. Verhältnis der außerordentlichen Kündigung .....	319
2. Kündigungsgründe .....	319
V. Dauer des Sonderkündigungsschutzes .....	324
VI. Nachwirkender Kündigungsschutz, Abs. 1 S. 3, Abs. 2 S. 1 .....	325
VII. Konkurrenz zum Amtsverlust .....	325
VIII. Mitglieder des Wahlausschusses und Wahlbewerber, Abs. 2 .....	326

IX. Ordentliche Kündigung bei Schließung oder Teilschließung der Einrichtung, Abs. 3 .....	327
X. Verfahren .....	327
XI. Rechtsschutz .....	328
<b>§ 20 Schweigepflicht</b> .....	<b>328</b>
I. Zweck der Norm .....	328
II. Persönlicher Anwendungsbereich .....	329
III. Inhalt und Umfang der Schweigepflicht .....	329
1. Dienstliche Angelegenheiten .....	330
2. Kenntniserlangung aufgrund der Zugehörigkeit zur MAV .....	330
3. Verschwiegenheitserfordernis .....	331
IV. Ausnahmen, S. 3 und 4 .....	331
V. Dauer der Schweigepflicht .....	332
VI. Folgen der Verletzung der Schweigepflicht .....	333
VII. Streitigkeiten .....	334

### Mitarbeiterversammlung

<b>§ 21 Einberufung der Mitarbeiterversammlung</b> .....	<b>335</b>
I. Allgemeines .....	336
II. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit .....	336
III. Die ordentliche Mitarbeiterversammlung (Abs. 1, 2) .....	337
1. Anzahl der Mitarbeiterversammlungen .....	337
2. Einberufung, Einladung und Leitung .....	338
3. Tagesordnung .....	338
IV. Die außerordentliche Mitarbeiterversammlung (Abs. 3) .....	339
1. Von den Wahlberechtigten einberufen .....	340
2. Von dem Dienstgeber einberufen .....	341
V. Zeitliche Lage, Vergütung, Fahrtkosten (Abs. 4) .....	341
1. Zeitliche Lage .....	341
2. Vergütung .....	342
3. Fahrtkosten .....	343
VI. Prozessuales .....	344
<b>§ 22 Aufgaben und Verfahren der Mitarbeiterversammlung</b> .....	<b>344</b>
I. Allgemeines .....	345
II. Beratungsgegenstände .....	345
1. Zulässige Beratungsgegenstände .....	345
2. Unzulässige Beratungsgegenstände .....	346
III. Tätigkeitsbericht .....	347
IV. Antragsrecht und Stellungnahmen .....	348
1. Antragsrecht .....	348
2. Recht zur Stellungnahme .....	348
3. Zulässigkeit und Bindungswirkung .....	349
V. Beschlüsse der Mitarbeiterversammlung (Abs. 3) .....	350
VI. Insbesondere: Misstrauensvotum (Abs. 2) .....	350
VII. Niederschrift und Anwesenheitsliste (Abs. 4) .....	352

## Sonderregelungen für gemeinsame Mitarbeitervertretungen

<b>§ 22a Sonderregelungen für gemeinsame Mitarbeitervertretungen nach § 1b</b> .....	353
I. Allgemeines .....	353
II. Status der gemeinsamen Mitarbeitervertretung .....	354
III. Gemeinschaftliches Handeln der Dienstgeber (Abs. 1 S. 1, 2, 4) ..	354
IV. Getrenntes Handeln der Dienstgeber (Abs. 1 S. 3) .....	355
V. Wahlrechte wechselnder Mitarbeiter/innen (Abs. 2) .....	355
VI. Wahlverfahren für die gemeinsame Mitarbeitervertretung (Abs. 3) .....	355
VII. Mitarbeiterversammlung (Abs. 4) .....	356

## Besondere Formen der Vertretung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

<b>§ 23 Sondervertretung</b> .....	357
I. Allgemeines .....	357
II. Zweck der Norm .....	358
III. Voraussetzungen der Bildung einer Sondervertretung (Abs. 1) .....	358
1. Begriff des „Rechtsträgers“ .....	359
2. Begriff der „Zuordnung“ .....	359
IV. Status der Sondervertretung .....	360
V. Beteiligungsrechte der Sondervertretung (Abs. 2) .....	360
VI. Diözesane Besonderheiten .....	361
VII. Sonderbestimmungen (Abs. 3) .....	361
VIII. Besonderheiten beim Wahlrecht .....	362
1. Mehrfaches Wahlrecht .....	362
2. Doppelmandat .....	362
IX. Prozessuales .....	363
<b>§ 24 Gesamtmitarbeitervertretung und erweiterte Gesamtmitarbeitervertretung</b> .....	363
I. Allgemeines .....	365
II. Voraussetzungen der Bildung einer Gesamt-MAV (Abs. 1) .....	366
1. Mehrere Mitarbeitervertretungen bei einem Dienstgeber .....	366
2. Bildung nur auf Antrag .....	367
3. Quorum .....	367
III. Voraussetzungen der Bildung einer erweiterten Gesamt-MAV (Abs. 2) .....	368
IV. Durchführung der Bildung einer (erweiterten) Gesamt-MAV (Abs. 3) .....	369
V. Zusammensetzung (Abs. 4) .....	371
VI. Stimmengewichtung (Abs. 5) .....	371
VII. Zuständigkeit (Abs. 6) .....	372
1. Voraussetzungen für die originäre Zuständigkeit der (erweiterten) Gesamt-MAV .....	373
2. Übertragung des Verhandlungsmandats .....	373
VIII. Amtszeit (Abs. 7) .....	374

IX. Auflösung der Gesamt-MAV und der erweiterten Gesamt-MAV (Abs. 8) .....	374
X. Rechtsstellung und sinngemäße Geltung der MAVO (Abs. 9) .....	375
XI. Prozessuales .....	375
<b>§ 25 Arbeitsgemeinschaften der Mitarbeitervertretungen</b> .....	<b>376</b>
I. Allgemeines .....	378
II. Bildung der diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (Abs. 1) .....	379
III. Aufgaben der DiAG (Abs. 2) .....	380
1. Informations- und Erfahrungsaustausch (Abs. 2 Nr. 1) .....	380
2. Beratung der Mitarbeitervertretungen (Abs. 2 Nr. 2) .....	381
3. Beratung der Mitarbeitervertretung im Falle des § 38 Abs. 2 (Abs. 2 Nr. 3) .....	381
4. Förderung der Anwendung der Mitarbeitervertretungsordnung (Abs. 2 Nr. 4) .....	382
5. Sorge um die Schulung der Mitglieder der Mitarbeitervertretungen (Abs. 2 Nr. 5) .....	382
6. Erarbeitung von Vorschlägen zur Fortentwicklung der Mitarbeitervertretungsordnung (Abs. 2 Nr. 6) .....	382
7. Zusammenarbeit mit Kommissionen iSv Art. 7 Abs. 1 GrO (Abs. 2 Nr. 7) .....	383
8. Erstellung von Beisitzerlisten nach § 44 Abs. 2 S. 1 (Abs. 2 Nr. 8) .....	383
9. Mitwirkung an der Wahl zu einer nach Art. 7 GrO zu bildenden Kommission zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts (Abs. 2 Nr. 9) .....	383
10. Mitwirkung bei der Besetzung der Kirchlichen Arbeitsgerichte (Abs. 2 Nr. 10) .....	384
11. Beratung der Mitarbeitervertretungen bei der Bildung einer Gesamt-MAV oder erweiterten Gesamt-MAV nach § 24 (Abs. 2 Nr. 11) .....	384
IV. Gesprächspartner der diözesanen Arbeitsgemeinschaft .....	384
V. Organe der diözesanen Arbeitsgemeinschaft (Abs. 3 S. 1) .....	384
1. Die Mitgliederversammlung .....	384
2. Der Vorstand .....	385
VI. Kostentragung, Arbeitsfreistellung und Freizeitausgleich (Abs. 4) ..	385
VII. Bundesarbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (Abs. 5) ..	386
1. Zusammenschluss der DiAGen .....	386
2. Aufgaben .....	386
VIII. Richtlinien für die BAG-MAV .....	388
IX. Prozessuales .....	391

#### Zusammenarbeit zwischen Dienstgeber und Mitarbeitervertretung

<b>§ 26 Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitervertretung</b> .....	<b>392</b>
I. Allgemeines .....	393
II. Vorrangig: Vertrauensvolle Zusammenarbeit (Abs. 1) .....	394

1. Gegenseitige Unterstützung als „Einrichtungspartnerschaft“ (S. 1) .....	395
2. Gleichbehandlung nach „Recht und Billigkeit“ (S. 2) .....	396
3. Mitverantwortung der Mitarbeitervertretung (S. 3) .....	398
III. Recht auf Vorlage von Unterlagen (Abs. 2) .....	399
1. Allgemeines Vorlagerecht bei Erforderlichkeit (S. 1) .....	399
2. Einsichtsrecht in die Personalakte (S. 2) .....	400
IV. Allgemeine Aufgaben (Abs. 3) .....	401
1. Anregungen und Beschwerden (Nr. 1, 2) .....	401
2. Eingliederungs- und Förderungsmaßnahmen (Nr. 3 bis 5) .....	402
3. Zusammenarbeit mit den Jugendlichen- und Auszubildenden- Sprecher/innen (Nr. 6) .....	403
4. Einsatz für den Arbeits- und Gesundheitsschutz (Nr. 7) .....	403
5. Einsatz für frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen (Nr. 8) .....	404
6. Benennung von Mitgliedern der Mitarbeiterseite für Kommissionen (Nr. 9) .....	405
7. Durchsetzung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern (Nr. 10) .....	405
V. Teilnahme an Personalgesprächen (Abs. 3a) .....	406
VI. Mitwirkung an der Wahl der KODA (Abs. 4) .....	407
VII. Prozessuales .....	408
<b>§ 27 Information</b> .....	408
I. Systematik Informationsrechte und Informationspflichten .....	410
II. Angelegenheiten, welche die Dienstgemeinschaft betreffen .....	410
III. Form der Information nach § 27 .....	412
IV. Grundsätzlich kein rückwärtiger Auskunftsanspruch der MAV ...	412
V. § 27 und Datenschutz .....	413
VI. Nicht abschließender Katalog in § 27 Abs. 2 .....	414
VII. Ausdrücklich geregelte Fallgruppen (§ 27 Abs. 2) .....	414
1. Informationspflicht bei Stellenausschreibungen (§ 27 Abs. 2 erster Spiegelstrich) .....	414
2. Informationspflicht bei Änderungen und Ergänzungen des Stellenplanes (§ 27 Abs. 2 zweiter Spiegelstrich) .....	415
3. Informationspflicht betreffend die Behandlung der von der Mitarbeitervertretung vorgetragene Anregungen und Beschwerden (§ 27 Abs. 2 dritter Spiegelstrich) .....	417
4. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen und Vermittlungsvorschläge nach § 164 Abs. 1 S. 4 SGB IX (§ 27 Abs. 2 vierter Spiegelstrich) .....	417
5. Informationspflicht bei Einrichtung von Langzeitkonten und deren Inhalt (§ 27 Abs. 2 fünfter Spiegelstrich) .....	418
6. Informationspflicht betreffend den für ihren Zuständigkeitsbereich maßgeblichen Inhalt des Verzeichnisses gem. § 163 Abs. 1 SGB IX sowie der Anzeige gem. § 163 Abs. 2 S. 1 SGB IX (§ 27 Abs. 2 sechster Spiegelstrich) ...	419
VIII. Sonderregeln in diözesaner MAVO .....	419

IX. Nicht ausdrücklich in § 27 Abs. 2 geregelte Fallgruppen	
(Beispiele) . . . . .	420
1. Arbeitsunfälle . . . . .	420
2. Mitteilung von Schwangerschaften . . . . .	420
3. Einstellung freiberuflicher Betriebsärzte; Fremdvergabe . . . . .	421
4. Zielvereinbarungen . . . . .	421
5. Betriebsübergang; Umwandlung . . . . .	422
6. Betriebliches Eingliederungsmanagement . . . . .	422
7. Einrichtung eines Meldesystems nach dem neuen Hinweisgeberschutzrecht . . . . .	423
8. Umsetzung und Implementierung der Vorgaben der Grundordnung 2022 . . . . .	423
X. Limitierter Rechtsschutz . . . . .	424
<b>§ 27a Information in wirtschaftlichen Angelegenheiten . . . . .</b>	<b>424</b>
I. Allgemeines . . . . .	426
1. Zweck und Systematik der §§ 27a, 27b . . . . .	426
2. Sonderregelungen in diözesanen MAVOen . . . . .	428
II. Anwendungsbereich . . . . .	428
1. Einrichtung . . . . .	428
2. Schwellenwert . . . . .	429
3. Drittfinanzierung . . . . .	430
III. Wirtschaftliche Angelegenheiten . . . . .	432
1. Allgemeines . . . . .	432
2. Gesetzliche Fallgruppen . . . . .	433
IV. Unterrichtsrecht der MAV . . . . .	438
1. Unterrichtungspflicht des Dienstgebers . . . . .	438
2. Adressaten der Unterrichtung . . . . .	438
3. Rechtzeitige Information . . . . .	438
4. Schriftlich . . . . .	439
5. Vorzulegende Unterlagen . . . . .	440
6. Anregungsrecht . . . . .	441
7. Erlangen von Sachkunde . . . . .	441
V. Kleinere Einrichtungen . . . . .	442
VI. Geheimnisschutz . . . . .	442
VII. Streitigkeiten . . . . .	444
<b>§ 27b Wirtschaftsausschuss . . . . .</b>	<b>444</b>
I. Allgemeines . . . . .	446
II. Voraussetzungen . . . . .	448
1. Fakultative Einrichtung . . . . .	448
2. Errichtung durch die (erweiterte) GesamtMAV . . . . .	449
3. Schwellenwert . . . . .	449
4. Drittfinanzierung . . . . .	450
III. Unterrichtung durch den Dienstgeber . . . . .	451
1. Unterrichtungspflichtiger . . . . .	451
2. Inhalt . . . . .	451
IV. Aufgaben des Wirtschaftsausschusses . . . . .	452
1. Beratung mit dem Dienstgeber . . . . .	452

2. Unterrichtung der (Gesamt)MAV .....	453
V. Organisatorisches .....	453
1. Bildung des Wirtschaftsausschusses .....	453
2. Mitglieder des WirtA .....	453
3. Sitzungen .....	456
VI. Streitigkeiten .....	458
<b>§ 28 Formen der Beteiligung, Dienstvereinbarung .....</b>	<b>458</b>
I. Grundsätzliches .....	459
1. Verfassungsrechtlicher Schutz der Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers bzw. des Dienstgebers; Arbeitgeber-/ Dienstgeberfreiheit nach dem GG .....	460
2. Schutz der Entscheidungsfreiheit kirchlicher Dienstgeber im europäischen Recht .....	462
3. Der verfassungsrechtliche Schutz der Rechtsposition der Mitarbeitervertretung .....	464
II. Zwei allgemeine Bedingungen für die Einschränkung der kirchlichen Selbstbestimmung in § 28 Abs. 1 S. 1 .....	465
1. Der zwingende (§ 55) Rahmen der Zuständigkeit der Einrichtung .....	465
2. Der zwingende (§ 55) Rahmen der typisierenden Bestimmung der zulässigen Beteiligungsformen der MAV .....	467
3. Übersicht Beteiligungsformen § 28 Abs. 1 .....	468
4. Formen der Beteiligung der MAV nach § 28 Abs. 1 .....	469
5. Dienstvereinbarungen (§ 28 Abs. 2) .....	471
<b>§ 28a Aufgaben und Beteiligung der Mitarbeitervertretung zum Schutz     schwerbehinderter Menschen .....</b>	<b>474</b>
I. § 28a im Mehrebenensystem des gesetzlichen Schutzes schwerbehinderter Menschen .....	475
II. Der Begriff der schwerbehinderten Menschen .....	478
III. Überwachungspflicht der MAV (§ 28a Abs. 1) .....	479
IV. Förderung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen (§ 28a Abs. 1) .....	481
V. Hinwirken auf die Wahl der Schwerbehindertenvertretung .....	483
1. Normadressat .....	483
2. Maßgebliches Wahlrecht .....	483
3. Wahl von Vertrauensperson und Stellvertretern .....	483
4. Aushang des Wahlausschreibens .....	483
5. Zuordnungsprobleme bei Zusammenfassung von Dienststellen gemäß § 177 Abs. 1 S. 4 SGB IX .....	484
VI. Auftreten ernsthafter Schwierigkeiten im Beschäftigungsverhältnis eines schwerbehinderten Menschen (§ 28a Abs. 2) .....	484
VII. Unterrichtungspflicht gegenüber Schwerbehindertenvertretung ....	486
VIII. Inklusionsvereinbarung (§ 28a Abs. 2) .....	486
1. Begrifflichkeit .....	486
2. Rechtsnatur; keine subjektiven Rechte .....	487
3. Verhandlungsanspruch .....	487



4. Inhalt einer Inklusionsvereinbarung .....	487
5. Bestandsschutz für Alt-Verträge .....	488
IX. Kirchliches Arbeitsgericht .....	489
1. Prüfung Einhaltung und Wirksamkeit Integrationsvereinbarung .....	489
2. Prüfung Rechtsgrundlagen Schwerbehindertenvertretungsrecht ..	489
3. Parallele Zuständigkeit .....	489
4. Zuständigkeit der kirchlichen Datenschutzgerichtsbarkeit .....	490
<b>§ 29 Anhörung und Mitberatung .....</b>	<b>490</b>
I. Grundsätzliches .....	495
1. Abschließender Katalog; numerus clausus .....	495
2. Verfahren vor Maßnahme .....	495
II. Die einzelnen Anhörungs- und Mitberatungstatbestände .....	496
1. Maßnahmen innerbetrieblicher Information und Zusammenarbeit (§ 29 Abs. 1 Nr. 1) .....	496
2. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen, sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im liturgischen Dienst (§ 29 Abs. 1 Nr. 2) .....	497
3. Regelung der Ordnung in der Einrichtung (Haus- und Heimordnungen) (§ 29 Abs. 1 Nr. 3) .....	500
4. Festlegung von Richtlinien zur Durchführung des Stellenplans ..	505
5. Verpflichtung zur Teilnahme oder Auswahl der Teilnehmerinnen oder Teilnehmer an beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (§ 29 Abs. 1 Nr. 5) .....	507
6. Durchführung beruflicher Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die die Einrichtung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anbietet (§ 29 Abs. 1 Nr. 6) .....	509
7. Einführung von Unterstützungen, Vorschüssen, Darlehen und entsprechenden sozialen Zuwendungen sowie deren Einstellung .....	511
8. Fassung von Musterdienst- und Musterarbeitsverträgen (§ 29 Abs. 1 Nr. 8) .....	514
9. Regelung zur Erstattung dienstlicher Auslagen .....	515
10. Abordnung von mehr als drei Monaten, Versetzung an eine andere Einrichtung, Zuweisung oder Personalgestellung an einen anderen Rechtsträger von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen .....	517
11. Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand, wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter die Mitwirkung beantragt (§ 29 Abs. 1 Nr. 11) .....	519

12. Entlassung aus einem Probe- oder Widerrufsverhältnis in Anwendung beamtenrechtlicher Bestimmungen, wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter die Mitwirkung beantragt (§ 29 Abs. 1 Nr. 12)	521
13. Überlassung von Wohnungen, die für Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter vorgesehen sind (§ 29 Abs. 1 Nr. 13)	523
14. Grundlegende Änderungen von Arbeitsmethoden (§ 29 Abs. 1 Nr. 14)	525
15. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufes (§ 29 Abs. 1 Nr. 15)	526
16. Festlegung von Grundsätzen für die Gestaltung von Arbeitsplätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 16)	528
17. Schließung, Einschränkung, Verlegung oder Zusammenlegung von Einrichtungen oder wesentlichen Teilen von ihnen (§ 29 Abs. 1 Nr. 17)	531
18. Bestellung zur Mitarbeiterin oder zum Mitarbeiter in leitender Stellung gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 3 und 4 (§ 29 Abs. 1 Nr. 18)	535
19. Zurückweisung von Bewerbungen schwerbehinderter Menschen um einen freien Arbeitsplatz, soweit die Beschäftigungspflicht des § 154 Abs. 1 SGB IX noch nicht erfüllt ist (§ 29 Abs. 1 Nr. 19)	538
III. Vierphasige Beteiligung der MAV nach § 29 Abs. 2–4	541
IV. Beteiligungsverfahren Phase 1	542
1. Unterrichtung der MAV; Vollständigkeit	542
2. Rechtzeitigkeit der Unterrichtung	542
3. Form der Unterrichtung nach § 29	542
4. Adressat der Unterrichtung; Vertretungsbefugnis	542
5. Fristlauf bei unvollständiger Unterrichtung; Nachbesserung	543
V. Beteiligungsverfahren Phase 2	543
1. Beginn Beteiligungsverfahren Phase 2	543
2. Berechnung der Wochenfrist (§ 29 Abs. 3 S. 1)	543
3. Zweiwochenfrist für Einwendungen der MAV (§ 29 Abs. 3 S. 2)	544
4. Form der Einwendungen	544
5. Begründung der Einwendungen; Inhaltliche Begrenzung	544
VI. Beteiligungsverfahren Phase 3	545
VII. Beteiligungsverfahren Phase 4	545
VIII. Das Verfahren vorläufiger Beteiligung (§ 29 Abs. 5)	545
<b>§ 30 Anhörung und Mitberatung bei ordentlicher Kündigung</b>	547
I. Grundsätzliches	552
1. Zweck des Anhörungs- und Mitberatungsverfahrens nach § 30	552
2. Verfassungsrechtlicher Schutz vor Willkür und Verpflichtung zu sozialer Rücksichtnahme	554
3. Anhörungs- und Mitberatungsrecht	556
4. Abdingbarkeit des Rechts zur ordentlichen Kündigung	556
5. Keine absoluten Kündigungsgründe; absolutes – im kirchlichen Bereich verfassungsrechtlich limitiertes – Abwägungserfordernis	556

II. Der durch § 30 geschützte Personenkreis .....	557
1. Grundsätzliches; Arbeitsverhältnisse; § 3 Abs. 1 Nr. 1 .....	557
2. Ordensmitglieder; Gestellungsvertrag; Ausbildung; AÜG (§ 3) ..	558
3. Probezeit .....	559
4. Aushilfen .....	559
5. Teilzeit .....	560
6. Befristung .....	560
7. Arbeitsverhältnis in der Wartezeit .....	560
8. Leitungsfunktion iSd § 2 Abs. 2 .....	560
9. Freie Mitarbeiter .....	561
10. Ausbildungsverhältnisse .....	561
III. Die vom Anhörungsrecht nach § 30 erfasste ordentliche Kündigung; Abgrenzungen .....	562
1. Einordnung der beabsichtigten Kündigung in das System des KSchG .....	562
2. Einzelfragen; Abgrenzungen .....	567
IV. Grundsätze der Wirksamkeitsprüfung .....	569
1. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche Beendigungskündigung vor Ablauf Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 1.1.2.) .....	569
2. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche Beendigungskündigung Kleinbetrieb nach Ablauf Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 1.2.2.) .....	578
3. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche betriebsbedingte Beendigungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.1.) .....	578
4. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche personenbedingte Beendigungskündigung nach Ablauf Wartefrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.2.) .....	583
5. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche verhaltensbedingte Beendigungskündigung nach Ablauf Wartefrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.3.) .....	586
6. Fallgruppe: außerordentliche betriebsbedingte Beendigungskündigung mit sozialer Auslaufrfrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.1.) .....	588
7. Fallgruppe: außerordentliche personenbedingte Beendigungskündigung mit sozialer Auslaufrfrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.2.) .....	589
8. Fallgruppe: außerordentliche verhaltensbedingte Beendigungskündigung mit sozialer Auslaufrfrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.3.) .....	590
9. Fallgruppe: Ordentliche Änderungskündigung vor Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.2.) .....	591
10. Fallgruppe: Ordentliche Änderungskündigung in Kleinbetrieb nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.2.) .....	591
11. Fallgruppe außerordentliche betriebsbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit mit sozialer Auslaufrfrist (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.4.) .....	592

12. Fallgruppe außerordentliche personenbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit mit sozialer Auslauffrist (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.5.) . . . . .	594
13. Fallgruppe außerordentliche verhaltensbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit mit sozialer Auslauffrist (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.6.) . . . . .	595
14. Fallgruppe ordentliche betriebsbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.1.) . . . . .	596
15. Fallgruppe ordentliche personenbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.2.) . . . . .	596
16. Fallgruppe ordentliche verhaltensbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.3.) . . . . .	597
V. Bestehen einer zuständigen und funktionsfähigen MAV . . . . .	598
VI. Anhörung der Mitarbeitervertretung; Anhörungsschreiben . . . . .	599
1. Der Anhörungsberechtigte. . . . .	599
2. Prinzip der subjektiven Determination . . . . .	600
3. Der Adressat des Anhörungsschreibens . . . . .	601
4. Notwendiger Inhalt und Umfang der Unterrichtung . . . . .	601
VII. Zeitliche Abfolge . . . . .	609
1. Zeitpunkt Beginn der Anhörung der MAV; Fertigung und Zustellung Anhörungsschreiben . . . . .	609
2. Zeitpunkt Kündigungserklärung. . . . .	609
3. Behördenbeteiligung . . . . .	610
4. Form der Anhörung . . . . .	613
VIII. Stellungnahme der MAV . . . . .	614
1. Frist (§ 30 Abs. 2) . . . . .	614
2. Handlungsoptionen der MAV. . . . .	618
3. Form (§ 30 Abs. 2 S. 1; § 30 Abs. 3 S. 2) . . . . .	618
4. Inhaltliche Anforderungen an die Einwendungsbegründung der MAV . . . . .	619
IX. Gemeinsame Sitzung des Dienstgebers und der Mitarbeitervertretung sowie Abschluss des Mitberatungsverfahrens (§ 30 Abs. 2 S. 3 und S. 4) . . . . .	624
X. Abschrift der Einwendungen an den Mitarbeiter (§ 30 Abs. 4) . . . .	624
XI. Auswirkungen von Fehlern im Anhörungsverfahren . . . . .	625
1. Auslegung § 30; Verantwortungssphären . . . . .	625
2. Grundsatz zu Fehlerfolgen: Sphärenzuordnung . . . . .	627
3. Ausnahme: dienstgeberseitige Fehlerveranlassung . . . . .	628
4. Heilung von Fehlern im Verfahren nach § 30 . . . . .	628
XII. Beendigung des Anhörungsverfahrens; Ausspruch der Kündigung . . . . .	629
XIII. Prozessuales . . . . .	630
1. Darlegungs- und Beweislast im staatlichen Arbeitsgerichtsverfahren . . . . .	630
2. Weiterbeschäftigungsanspruch . . . . .	631

3. Kündigung wegen Datenschutzverstoß; Zuständigkeit kirchlicher Datenschutzgerichte .....	632
4. Anrufung kirchliches Arbeitsgericht. ....	633
<b>§ 30a Anhörung und Mitberatung bei Massentlassungen .....</b>	<b>634</b>
I. Allgemeines .....	635
1. Kirchliche Selbstbestimmung, § 17 KSchG und § 30a .....	635
2. Europarechtliche Grundlage .....	635
3. Zweck der staatlichen Regelungen .....	636
II. Der Begriff der – anzeigepflichtigen – Massentlassung .....	636
III. Der bei Anwendung des § 17 KSchG zugrunde zu legende Betriebsbegriff .....	638
1. Ausgangspunkt: unionsrechtlicher Betriebsbegriff .....	638
2. Persönlicher Anwendungsbereich .....	639
IV. Konsultation der MAV .....	640
1. Inhalt der Unterrichts- und Beratungspflicht .....	640
2. Rechtsfolge bei unterbliebener oder nicht ordnungsgemäßer Konsultation .....	642
V. Massentlassungsanzeige an die Agentur für Arbeit .....	642
1. Form und Inhalt der Massentlassungsanzeige .....	642
2. Adressat der Massentlassungsanzeige .....	643
3. Sperrfrist (Entlassungssperre) .....	643
4. Rechtsfolge bei unterliebender oder nicht ordnungsgemäßer Massentlassungsanzeige .....	644
VI. Streitigkeiten .....	644
1. Parallele Zuständigkeiten .....	644
2. Zuständigkeit staatliche Sozialgerichte .....	645
3. Zuständigkeit staatliche Arbeitsgerichte .....	645
4. Zuständigkeit kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit .....	645
5. Zuständigkeit der kirchlichen Datenschutzgerichtsbarkeit .....	645
<b>§ 31 Anhörung und Mitberatung bei außerordentlicher Kündigung ....</b>	<b>646</b>
I. Grundsätzliches .....	649
1. Zweck des § 31 .....	649
2. Unabdingbarkeit des Rechts zur außerordentlichen Kündigung .....	649
3. Formen der außerordentlichen Kündigung .....	650
4. Keine absoluten Kündigungsgründe; absolutes – im kirchlichen Bereich verfassungsrechtlich durch Art. 140 GG iVm Art. 137 Abs. 3 WRV, Art. 17 AEUV limitiertes – Abwägungserfordernis .....	651
5. Anhörungsrecht, kein Mitberatungsrecht bei außerordentlicher Kündigung .....	652
6. Gerichtliche Prüfungskompetenz und § 19 .....	653
II. Bezugspunkt des kollektiv-arbeitsrechtlichen § 31 im Individualarbeitsrecht: außerordentliche Kündigung des Individualarbeitsvertrags .....	653
1. Gesetzliche Regelungen der Voraussetzungen des Ausspruchs einer außerordentlichen Kündigung .....	653

2. Gesetzliche Regelungen der Voraussetzungen des Ausschlusses einer ordentlichen Kündigung .....	657
3. Tarifliche Regelungen des Ausschlusses der ordentlichen Kündigung .....	660
III. Fallgruppen der außerordentlichen Beendigungskündigung .....	661
1. Außerordentliche verhaltensbedingte Kündigung .....	661
2. Personenbedingte außerordentliche Kündigung .....	681
3. Betriebsbedingte außerordentliche Kündigung; Orlando-Kündigung .....	681
IV. Außerordentliche Änderungskündigung .....	682
V. Die Einleitung des kollektivarbeitsrechtlichen Verfahrens nach § 31 durch den Dienstgeber .....	683
1. Bestehen einer zuständigen und funktionsfähigen MAV .....	683
2. Form der Unterrichtung der MAV durch den Dienstgeber: Schriftform .....	683
3. Grundsätzlich keine Anhörung des Mitarbeiters vor der Kündigung durch den Dienstgeber; Art. 5 GrO (Beratung, klärendes Gespräch); Verdachtskündigung .....	684
4. Unterrichtung der MAV und Schweigepflicht nach § 20 .....	686
5. Unterrichtung der MAV und Datenschutz .....	686
6. Prinzip der subjektiven Determination; Inhalt der Unterrichtung .....	686
7. Zeitpunkt der Unterrichtung der MAV durch den Dienstgeber; Zeitdruck .....	688
8. Umdeutung .....	692
VI. Einwendungen der MAV .....	695
1. Kein Katalog von Einwendungen; Einwendungen bei Verstößen gegen Art. 7 GrO 2022 .....	695
2. Keine Regelung einer gemeinsamen Sitzung in § 31 .....	697
3. Fristen (§ 31 Abs. 2) .....	697
4. Form der Einwendungen (§ 31 Abs. 2 S. 1) .....	698
5. Auswirkungen von Fehlern im Anhörungsverfahren .....	700
6. Abschluss des Beteiligungsverfahrens .....	700
VII. Gerichtliches Verfahren .....	701
<b>§ 32 Vorschlagsrecht .....</b>	<b>701</b>
I. Allgemeines .....	703
1. Initiativrecht der MAV .....	703
2. § 32 (Vorschlagsrecht) und § 37 (Antragsrecht) .....	704
3. Abschließender Katalog; Numerus clausus .....	704
II. Der Vorschlag der MAV .....	704
1. Form des Vorschlags der MAV .....	704
2. Begründung des Vorschlags der MAV .....	705
3. Vorschlagsrecht und Bestimmtheitsgrundsatz .....	705
III. Die Reaktion des Dienstgebers auf den Vorschlag der MAV .....	707
1. Frist Rückmeldung Dienstgeber .....	707
2. Dienstgeber entspricht dem Vorschlag der MAV unmittelbar ...	707

3. Dienstgeber will Vorschlag der MAV nicht unmittelbar entsprechen (§ 32 Abs. 2 S. 1); gemeinsame Sitzung .....	707
4. Übersicht Ablauf des Vorschlagsverfahrens .....	708
5. Formulierungsbeispiele schriftliche Ausübung Vorschlagsrecht § 32 .....	708
IV. Die Einzelvorschlagsrechte der MAV .....	710
1. Maßnahmen innerbetrieblicher Information und Zusammenarbeit (§ 32 Abs. 1 Nr. 1) .....	710
2. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen, sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im liturgischen Dienst (§ 32 Abs. 1 Nr. 2) .....	710
3. Regelung der Ordnung in der Einrichtung (Haus- und Heimordnungen) (§ 32 Abs. 1 Nr. 3) .....	710
4. Durchführung beruflicher Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die die Einrichtung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anbietet (§ 32 Abs. 1 Nr. 4) .....	711
5. Regelung zur Erstattung dienstlicher Auslagen (§ 32 Abs. 1 Nr. 5) .....	711
6. Einführung von Unterstützungen, Vorschüssen, Darlehen und entsprechenden sozialen Zuwendungen und deren Einstellung (§ 32 Abs. 1 Nr. 6) .....	711
7. Überlassung von Wohnungen, die für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgesehen sind (§ 32 Abs. 1 Nr. 7) .....	711
8. Grundlegende Änderungen von Arbeitsmethoden (§ 32 Abs. 1 Nr. 8) .....	711
9. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufes (§ 32 Abs. 1 Nr. 9) .....	711
10. Festlegung von Grundsätzen für die Gestaltung von Arbeitsplätzen (§ 32 Abs. 1 Nr. 10) .....	712
11. Regelungen gemäß § 6 Abs. 3 (§ 32 Abs. 1 Nr. 11) .....	712
12. Sicherung der Beschäftigung, insbesondere eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit, die Förderung von Teilzeitarbeit und Altersteilzeit, neue Formen der Arbeitsorganisation, Änderungen der Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe, die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Alternativen zur Ausgliederung von Arbeit oder ihrer Vergabe an andere Unternehmen (§ 32 Abs. 1 Nr. 12) .....	712
V. § 32 und GMAV/eGMAV .....	718
VI. § 32 und KDG .....	720
VII. Kirchliches Arbeitsgericht .....	720
§ 33 Zustimmung .....	721
1. Grundsätzliches .....	723

1. Systematik der Einschränkung der Dienstgeberfreiheit durch das positive Konsensprinzip	723
2. Zeitlich vorgelagertes Verfahren	723
3. Doppelte Anwendung der Gesetzgebungstechnik des „Vor-die-Klammer-Ziehens“	725
II. Die zustimmungspflichtigen Angelegenheiten (§§ 33 Abs. 1, 6 Abs. 3); numerus clausus	726
III. Phasen des Zustimmungsverfahrens nach § 33; Übersichten	727
1. Übersicht Zustimmungsverfahren nach § 33 Abs. 1 bis 4 in Angelegenheiten der §§ 34, 35, 36 Abs. 1 Nr. 13 sowie 18 Abs. 4	727
2. Übersicht Zustimmungsverfahren nach § 33 Abs. 1–4 in Angelegenheiten der §§ 36 Abs. 1 Nr. 1–12 sowie 18 Abs. 2	728
IV. Einzelheiten des Zustimmungsverfahrens nach § 33 Abs. 1 bis 4 in Angelegenheiten der §§ 34, 35, 36 Abs. 1 Nr. 13	728
1. Stufe 1: Beginn Willensbildung Dienstgeber	728
2. Stufe 2: Abschluss Willensbildungsprozess Dienstgeber	729
3. Stufe 3: Antrag und Unterrichtungsschreiben des Dienstgebers und dessen Zugang	730
4. Stufe 4: Erhebliche Einwendungen der MAV vor Fristablauf	735
5. Stufe 5: Verhandlung mit dem Ziel der Einigung (§ 33 Abs. 3 S. 1, 2)	740
6. Stufe 6: Nichteinigung; Abschluss der Verhandlung; Fristbeginn § 33 Abs. 3 S. 3; Zustimmungsfiktion	740
7. Stufe 7: direkte Anrufung des kirchlichen Arbeitsgerichts	741
V. Einzelheiten des Zustimmungsverfahrens nach § 33 Abs. 1 bis 4 bei Angelegenheiten nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 bis 12 bzw. § 18 Abs. 2	741
1. Stufe 1 bis Stufe 6	741
2. Stufe 7: Anrufung der Einigungsstelle	741
3. Stufe 8: Schriftliche Unterbreitung eines begründeten Einigungsvorschlags durch den Vorsitzenden der Einigungsstelle (§ 46 Abs. 2 S. 1)	741
4. Stufe 9: Verhandlung vor der Einigungsstelle (§ 46 Abs. 3 S. 1)	741
5. Stufe 10: Spruch der Einigungsstelle (§ 47 Abs. 2 S. 1)	742
6. Stufe 11: Geltendmachung der Mängel des Spruchs der Einigungsstelle beim kirchlichen Arbeitsgericht (§ 47 Abs. 4)	742
VI. Zustimmungsverfahren nach § 6 Abs. 3	742
VII. Prozessuales	743
1. Eilverfahren des Dienstgebers	743
2. Anträge der MAV	744
3. Unterlassungsansprüche der MAV	744
4. Einstweilige Verfügung der MAV	746
5. Streitigkeit über die Zuständigkeit der Einigungsstelle	746
6. Frist Anrufung Gericht oder Einigungsstelle; Verwirkung	747



<b>§ 34 Zustimmung bei Einstellung und Anstellung</b> .....	748
I. Grundsätzliches .....	751
1. Verfahrensvorschrift des § 33 „vor die Klammer gezogen“ .....	751
2. Vorschriften zur Einstellung und Anstellung im staatlichen Recht .....	751
3. Vorschriften zur Einstellung und Anstellung im Recht der Evangelischen Kirche .....	752
4. Notwendigkeit der Berücksichtigung der Besonderheiten des kirchlichen Dienstes (Art. 3 Grundordnung) bei Einstellung; § 9 AGG .....	752
II. Zustimmungsverfahren bei Einstellung (§ 34 iVm § 33) .....	759
1. Der von § 34 (Einstellung) erfasste Personenkreis .....	759
2. Einstellung iSd § 34 Abs. 1 S. 1 .....	763
3. Das Zustimmungsverfahren bei Einstellung (§ 33 iVm § 34) ....	770
III. Zustimmungsverfahren bei Anstellung (§ 34 iVm § 33) .....	787
IV. Gerichtlicher Rechtsschutz .....	788
1. Unterlassungsanspruch der MAV aus § 33 .....	788
2. Eilrechtsschutz für die MAV .....	789
3. Zustimmungsersetzungsantrag des Dienstgebers .....	790
4. Eilrechtsschutz für den Dienstgeber .....	790
<b>§ 35 Zustimmung bei sonstigen persönlichen Angelegenheiten</b> .....	791
I. Allgemeines .....	794
1. Abschließender Katalog § 35 Abs. 1; numerus clausus .....	794
2. Verfahrensvorschrift des § 33 „vor die Klammer gezogen“ .....	795
3. Bezugnahme auf rechtsähnliche Vorschriften im staatlichen Recht .....	795
II. Die Katalogtatbestände des § 35 Abs. 1 .....	796
1. Eingruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (§ 35 Abs. 1 Nr. 1) .....	796
2. Höhergruppierung oder Beförderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (§ 35 Abs. 1 Nr. 2) .....	806
3. Rückgruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (§ 35 Abs. 1 Nr. 3) .....	808
4. Nicht nur vorübergehende Übertragung einer höher oder niedriger zu bewertenden Tätigkeit (§ 35 Abs. 1 Nr. 4) .....	810
5. Abordnung von mehr als drei Monaten, Versetzung an eine andere Einrichtung, Zuweisung oder Personalgestellung an einen anderen Rechtsträger, es sei denn, dass es sich um Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung handelt, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen (§ 35 Abs. 1 Nr. 5) .....	813
6. Versagen und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit sowie Untersagung einer Nebentätigkeit (§ 35 Abs. 1 Nr. 6) ....	820
7. Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus (§ 35 Abs. 1 Nr. 7) .....	822

8. Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 35 Abs. 1 Nr. 8) . . . . .	823
9. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken mit Ausnahme der Dienstwohnung, die die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter kraft Amtes beziehen muss . . . . .	824
10. Auswahl der Ärztin oder des Arztes zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters, sofern nicht die Betriebsärztin/der Betriebsarzt beauftragt werden soll, soweit eine kirchliche Arbeitsvertragsordnung dies vorsieht . . . . .	824
III. Das Zustimmungsverweigerungsrecht der MAV nach §§ 33, 35 . . .	826
1. Der Zustimmungsverweigerungsgrund nach § 35 Abs. 2 Nr. 1 . . . . .	826
2. Der Zustimmungsverweigerungsgrund nach § 35 Abs. 2 Nr. 2 . . . . .	827
IV. Rechtsschutz . . . . .	827
1. Kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	827
2. Staatliche Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	828
<b>§ 36 Zustimmung bei Angelegenheiten der Dienststelle . . . . .</b>	<b>830</b>
I. Grundsätzliches . . . . .	834
1. Abschließender Katalog; § 55 . . . . .	834
2. Regeln – doppelt – „vor die Klammer gezogen“ . . . . .	835
3. Soweit nicht eine kirchliche AVR oder sonstige Rechtsnorm Anwendung findet . . . . .	835
II. Katalogtatbestände des § 36 Abs. 1 . . . . .	835
1. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit (Nr. 1) . . . . .	835
2. Festlegung der Richtlinien zum Urlaubsplan und zur Urlaubsregelung (Nr. 2) . . . . .	843
3. Planung und Durchführung von Veranstaltungen (Nr. 3) . . . . .	850
4. Errichtung, Verwaltung und Auflösung sozialer Einrichtungen (Nr. 4) . . . . .	852
5. Inhalt von Personalfragebogen (Nr. 5) . . . . .	855
6. Beurteilungsrichtlinien (Nr. 6) . . . . .	860
7. Richtlinien für die Gewährung von sozialen Zuwendungen (Nr. 7) . . . . .	861
8. Durchführung der Ausbildung (Nr. 8) . . . . .	863
9. Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen (Nr. 9) . . . . .	866
10. Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen (Nr. 10) . . . . .	871
11. Maßnahmen zum Ausgleich und zur Milderung von wesentlichen wirtschaftlichen Nachteilen (Nr. 11) . . . . .	876
12. Zuweisung zu den Stufen des Bereitschaftsdienstes (Nr. 12) . . . . .	883
13. Einrichtung nach § 1a Abs. 2 (Nr. 13) . . . . .	885

14. Befristet geltende Einführung von Kurzarbeit nach dem SGB III (Nr. 14 Erzdiözese Köln) .....	886
III. Zustimmungsverweigerungsgründe .....	887
1. Nrn. 1 bis 12 .....	887
2. Nr. 13 bzw. § 33 Abs. 2, 3 .....	888
IV. Rechtsschutz .....	890
1. Einigungsstelle; Kirchliches Arbeitsgericht .....	890
2. Vorläufige Regelung .....	890
<b>§ 37 Antragsrecht</b> .....	890
I. Grundsätzliches .....	892
1. Angelegenheiten der Dienststelle .....	892
2. Initiativrecht .....	892
3. Abschließender Katalog; numerus clausus .....	892
4. § 37 (Antragsrecht) und § 32 (Vorschlagsrecht) .....	893
II. Die einzelnen ein Antragsrecht auslösenden Angelegenheiten der Dienststelle (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 12) .....	893
1. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage .....	893
2. Festlegung der Richtlinien zum Urlaubsplan und zur Urlaubsregelung .....	894
3. Planung und Durchführung von Veranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	894
4. Errichtung, Verwaltung und Auflösung sozialer Einrichtungen ..	895
5. Inhalt von Personalfragebogen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	895
6. Beurteilungsrichtlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ...	896
7. Richtlinien für die Gewährung von Unterstützungen, Vorschüssen, Darlehen und entsprechenden sozialen Zuwendungen .....	896
8. Durchführung der Ausbildung, soweit nicht durch Rechtsnormen oder durch Ausbildungsvertrag geregelt .....	897
9. Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überwachen .....	897
10. Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen .....	899
11. Maßnahmen zum Ausgleich und zur Milderung von wesentlichen wirtschaftlichen Nachteilen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegen Schließung, Einschränkung, Verlegung oder Zusammenlegung von Einrichtungen oder wesentlichen Teilen von ihnen .....	899
12. Zuweisung zu den einzelnen Stufen des Bereitschaftsdienstes, soweit eine kirchliche Arbeitsvertragsordnung dies vorsieht ....	899
III. Der Antrag der MAV .....	900
1. Form .....	900
2. Begründung des Antrags der MAV; Bestimmtheitsgrundsatz ...	900

3. Übersicht Ablauf des Antragsverfahrens nach § 37	900
4. Formulierungsbeispiele schriftliche Ausübung Antragsrecht § 37	901
IV. Die Reaktion des Dienstgebers	902
1. Frist Rückmeldung Dienstgeber	902
2. Dienstgeber will dem Antrag der MAV unmittelbar entsprechen	902
3. Dienstgeber will dem Antrag der MAV nicht unmittelbar entsprechen	903
V. § 37 und GMAV/eGMAV	905
VI. § 37 und KDG	905
<b>§ 38 Dienstvereinbarungen</b>	906
I. Allgemeines	908
II. Rechtscharakter und Wirkung von Dienstvereinbarungen	909
1. Ökonomische Effizienz von Dienstvereinbarungen	909
2. Rechtsnatur der kirchlichen Dienstvereinbarung	909
3. Beschränkte (innerkirchliche) Normwirkung	910
III. Zulässigkeit von Dienstvereinbarungen (Abs. 1–3)	911
1. Öffnungsklausel kraft Delegation durch AVR (Abs. 1 Nr. 1 iVm Abs. 2)	911
2. Weitere Tatbestände des Abs. 1	913
3. Vorrang der AVR-Normen als Regelungssperre (Abs. 3)	914
IV. Relativität der zwingenden Wirkung (Abs. 3a)	915
1. „Unmittelbare und zwingende“ Wirkung im kirchlichen Rechtskreis (S. 1)	915
2. Verzichtsverbot (S. 2)	916
V. Zustandekommen und Beendigung (Abs. 4)	916
1. Abschluss und Bekanntmachung von Dienstvereinbarungen (S. 1)	916
2. Beendigungsgründe, insbesondere Kündigung (S. 2) und Betriebsübergang	918
3. Nichtigkeit	920
VI. Nachwirkung der Dienstvereinbarung (Abs. 5)	920
VII. Prozessuales	921
<b>§ 39 Gemeinsame Sitzungen und Gespräche</b>	922
I. Normzweck	923
II. Der zulässige Kommunikationsraum (analog; digital)	923
1. Grundsatz: körperliche Anwesenheit im selben Raum	923
2. Zusatzregelungen aufgrund COVID-19 und dazu ergangener staatlicher Entscheidungen zur Einbeziehung des digitalen Raumes	924
III. Institutioneller Anwendungsbereich	926
IV. Keine inhaltlich-thematische Beschränkungen der gemeinsamen Sitzung nach § 39 Abs. 1 S. 1	927
V. Spezialregelungen	927
VI. Sitzungswunsch aus besonderem Grund (§ 39 Abs. 1 S. 2)	928
VII. Verfahren gemeinsame Sitzung nach § 39 Abs. 1	928

1. Einladung	928
2. Einvernehmliche Terminabstimmung	928
3. Sitzungsteilnehmer	928
4. Sitzungsleitung	929
5. Ausschluss der Öffentlichkeit	929
6. Dokumentationspflicht; Niederschrift; Beweiswert	930
7. Unterrichtung der Mitarbeiter; Geheimhaltung	931
VIII. Regelmäßige Gespräche (§ 39 Abs. 2)	932
IX. Kirchliches Arbeitsgericht	932

### Einigungsstelle

<b>§ 40 Bildung der Einigungsstelle – Aufgaben</b>	933
I. Allgemeines	933
II. Bildung einer Einigungsstelle (Abs. 1)	934
III. Örtliche Zuständigkeit	934
IV. Geschäftsstelle (Abs. 2)	935
V. Sachliche Zuständigkeit (Abs. 3)	935
<b>§ 41 Zusammensetzung – Besetzung</b>	936
I. Allgemeines	937
II. Zusammensetzung (Abs. 1).	937
III. Besetzung (Abs. 2)	937
1. Gesamtbesetzung	937
2. Listenbeisitzer	937
3. Ad-hoc-Beisitzer	938
IV. Befangenheit	938
1. Beisitzer	938
2. Vorsitzenden	938
V. Verhinderung	939
VI. Fehlerhafte Besetzung	939
VII. Nichtbenennung	939
<b>§ 42 Rechtsstellung der Mitglieder</b>	940
I. Allgemeines	940
II. Rechte und Pflichten der Mitglieder (Abs. 1 und Abs. 2)	941
1. Rechte	941
III. Freistellungsanspruch (Abs. 3)	942
IV. Besonderer Schutz (Abs. 4)	942
V. Beendigungsgründe	942
VI. Streitigkeiten	943
<b>§ 43 Berufungsvoraussetzungen</b>	943
I. Allgemeines	944
II. Allgemeine Berufungsvoraussetzungen (Abs. 1)	944
III. Zusätzliche Berufungsvoraussetzungen für den Vorsitzenden (Abs. 2)	944
IV. Zusätzliche Voraussetzungen für die Beisitzer (Abs. 3)	945

V. Ausschlussgrund als Listen-Beisitzer	945
VI. Amtszeit (Abs. 5)	946
<b>§ 44 Berufung der Mitglieder</b>	946
I. Allgemeines	947
II. Ernennung des Vorsitzenden (Abs. 1)	948
1. Ernennungsverfahren nach Vorschlag	948
2. Ernennungsverfahren ohne Vorschlag	948
III. Amtszeit und Verlängerung	949
IV. Bestellung der Listen-Beisitzer	949
1. Dienstgeberseite	949
2. Mitarbeiterseite	949
V. Bestellung der Ad-hoc-Beisitzer	949
VI. Beendigung der Amtszeit	950
VII. Nachbesetzung (Abs. 4)	950
VIII. Rechtsschutz	950
<b>§ 45 Zuständigkeit</b>	951
I. Allgemeines	952
II. Anrufungsmöglichkeiten	952
1. Anrufung durch den Dienstgeber (Abs. 1 und 2)	952
2. Anrufung durch die Mitarbeitervertretung (Abs. 3)	953
3. Anrufung durch Organe des Wirtschaftsausschusses (Abs. 4)	953
III. Streitigkeiten	954
<b>§ 46 Verfahren</b>	954
I. Allgemeines	955
II. Verfahrensablauf	955
1. Verfahrensbeginn (Abs. 1)	955
2. Einigungsvorschlag (Abs. 2)	956
3. Terminbestimmung (Abs. 3)	956
4. Mündliche Verhandlung (Abs. 4)	957
<b>§ 47 Einigungsspruch</b>	958
I. Allgemeines	958
II. Einigung/Erledigung (Abs. 1)	959
III. Spruch der Einigungsstelle (Abs. 2)	959
IV. Wirkungen des Spruchs der Einigungsstelle (Abs. 3)	960
V. Anfechtung (Abs. 4)	960
1. Überprüfung	961
2. Anfechtungsfristen	962
VI. Kosten (Abs. 5)	962

**Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und  
der Auszubildenden, Vertrauensperson der schwerbehinderten  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

<b>§ 48 Wahl und Anzahl der Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und der Auszubildenden</b>	963
I. Allgemeines	963
II. Voraussetzungen der Wahl	964

1. Existenz einer Mitarbeitervertretung am Tag der Wahl	964
2. Anzahl der Jugendlichen und Auszubildenden	964
III. Wahlberechtigung und Wählbarkeit	965
1. Wahlberechtigung	965
2. Wählbarkeit	965
IV. Zahl der zu wählenden Sprecherinnen und Sprecher	966
V. Durchführung der Wahl	966
VI. Prozessuales	967
<b>§ 49 Versammlung der Jugendlichen und Auszubildenden</b>	<b>967</b>
I. Allgemeines	967
II. Voraussetzungen einer Versammlung der Jugendlichen und Auszubildenden	968
1. Zuständigkeit	968
2. Zeitpunkt der Versammlung	968
3. Einberufung, Einladung und Leitung	969
III. Ablauf der Versammlung	969
IV. Themen der Versammlung	970
V. Erstattung der Fahrtkosten	970
VI. Prozessuales	970
<b>§ 50 Amtszeit der Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und Auszubildenden</b>	<b>971</b>
I. Allgemeines	971
II. Amtszeit der Sprecherinnen und Sprecher	971
III. Weiterführung der Geschäfte	973
1. Vorbereitung von Neuwahlen	973
2. Vollendung des 26. Lebensjahres	973
IV. Prozessuales	973
<b>§ 51 Mitwirkung der Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und Auszubildenden</b>	<b>973</b>
I. Allgemeines	974
II. Angelegenheiten der Jugendlichen und Auszubildenden	974
III. Teilnahme an MAV-Sitzungen	975
1. Allgemeines Teilnahmerecht	975
2. Mitberatungs-, Antrags- und Stimmrecht	975
IV. Teilnahme an Besprechungen zwischen MAV und Dienstgeber	976
V. Sinngemäße Anwendbarkeit der §§ 7–20	976
VI. Ausschluss eines Doppelmandats	977
VII. Prozessuales	977
<b>§ 52 Mitwirkung der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b>	<b>978</b>
I. Allgemeines	979
II. Schwerbehindertenvertretung iSd §§ 177 ff. SGB IX	979
III. Wahl der Vertrauensperson	980
1. Mindestanzahl schwerbehinderter Beschäftigter	980
2. Nicht: Existenz einer Mitarbeitervertretung	981
3. Beschäftigungsdauer	981

IV. Wahlrecht, Durchführung und Anfechtung der Wahl	981
1. Aktives und passives Wahlrecht	981
2. Durchführung der Wahl	982
3. Anfechtung der Wahl	982
V. Aufgaben der Vertrauensperson	982
VI. Versammlung der schwerbehinderten Mitarbeiter/innen	983
VII. Ausstattung der Vertrauensperson	983
VIII. Rechtsstellung der Vertrauensperson	984
IX. Prozessuales	984
§ 53 [Derzeit unbesetzt]	985

### Schulen, Hochschulen

§ 54 Schulen und Hochschulen	986
I. Allgemeines	986
II. Schulen und Hochschulen	986
III. Eingeschränkte Geltung der MAVO	987
1. Hauptberuflich Lehrende an Hochschulen	987
2. Lehrbeauftragte an Hochschulen	988
IV. Landesbedienstete	988
V. Mitarbeiter/innen ohne Lehrauftrag	989

### Schlussbestimmungen

§ 55 Zwingende Wirkung	990
I. Bedeutung der „Veto-Norm“	990
II. Zwingendes Recht	991
III. Anderweitige gesetzliche Regelungen	991
IV. Ordenseigene „Mitarbeitervertretungsordnungen“	992
§ 56 Inkrafttreten	992
I. Bedeutung der Regelung	992
II. Inkrafttreten der Mitarbeitervertretungsordnung	993
III. Übergangsregelung	993

### Kirchliche Arbeitsgerichtsordnung

#### – KAGO –

Präambel	995
I. Aufbau der Präambel	995
II. KAGO-Gesetzgebung	996
III. Ziele der KAGO	999

### Erster Teil. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Kirchliche Gerichte für Arbeits­sachen	1003
I. Aufbau der kirchlichen Arbeitsgerichtsbarkeit	1003
1. Diözesane kirchliche Arbeitsgerichte	1004
2. Gemeinsame kirchliche Arbeitsgerichte	1004
3. „KODA“-Gericht Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Köln	1004
4. Kirchlicher Arbeitsgerichtshof	1004



II. Der Erlass der KAGO .....	1004
1. Ausgangslage .....	1004
2. Der Weg zur KAGO .....	1005
3. Einordnung der Kirchlichen Arbeitsgerichtsbarkeit .....	1006
<b>§ 2 Sachliche Zuständigkeit .....</b>	<b>1007</b>
I. Systematische Einordnung .....	1008
II. Zuständigkeit für den „Dritten Weg“ (§ 2 Abs. 1) .....	1008
1. Dritter Weg .....	1008
2. Erfasste Rechtsstreitigkeiten .....	1009
III. Zuständigkeit für Mitarbeitervertretungsrecht (§ 2 Abs. 2) .....	1009
1. Grundsatz .....	1009
2. Einzelfälle .....	1010
IV. Keine Zuständigkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 3) .....	1010
1. Grundsatz .....	1010
2. Kirchliche Arbeitsvertragsbedingungen .....	1011
V. Kein Normenkontrollverfahren (§ 2 Abs. 4) .....	1011
<b>§ 3 Örtliche Zuständigkeit .....</b>	<b>1011</b>
I. Systematische Einordnung und Sitz der Kirchlichen Arbeitsgerichte .....	1012
II. Örtliche Zuständigkeit nach § 3 Abs. 1 .....	1013
1. Grundsatz .....	1013
2. Dienstbezirk, Sitz und Einsatzort .....	1013
3. Weitere Fragen im Zusammenhang mit der örtlichen Zuständigkeit .....	1014
III. Örtliche Zuständigkeit nach § 3 Abs. 2 .....	1015
IV. Örtliche Zuständigkeit nach § 3 Abs. 3 .....	1015
1. Gerichtsstand bei einem diözesanen Rechtsträger .....	1015
2. Gerichtsstand bei einem mehrdiözesanen oder überdiözesanen Rechtsträger .....	1016
<b>§ 4 Besetzung der Gerichte .....</b>	<b>1016</b>
I. Systematische Einordnung .....	1017
II. Richter mit Befähigung zum Richteramt .....	1017
III. Ehrenamtliche (beisitzende) Richter .....	1018
<b>§ 5 Aufbringung der Mittel .....</b>	<b>1019</b>
I. Überblick .....	1019
II. Parallele Rechtsnormen .....	1019
III. Die Kosten der Kirchlichen Arbeitsgerichte erster Instanz .....	1020
1. Kirchliches Arbeitsgericht des errichtenden Bistums .....	1020
2. Gemeinsames kirchliches Arbeitsgericht mehrerer Bistümer ....	1020
IV. Die Kosten des Kirchlichen Arbeitsgerichtshofs .....	1021
<b>§ 6 Gang des Verfahrens .....</b>	<b>1021</b>
I. Überblick .....	1021
II. Parallele Rechtsnormen .....	1021
III. Ausschließliche Zuständigkeit .....	1022
IV. Zweistufiger Instanzenzug .....	1022

1. Tatsacheninstanz/Revisionsinstanz .....	1022
2. Eingangsgesicht/Rechtsmittelgericht .....	1022
3. Besetzung des Spruchkörpers .....	1023
V. Praxishinweis .....	1023
<b>§ 7 Verfahrensgrundsätze .....</b>	<b>1023</b>
I. Hintergrund .....	1024
II. Anwendungsbereich .....	1025
III. Verfahrensgrundsätze .....	1025
1. Verhandlungs-/Mündlichkeitsgrundsatz .....	1025
2. Entscheidungsformen .....	1028
3. Öffentlichkeitsgrundsatz .....	1028
4. Amtsermittlungsgrundsatz .....	1033
5. Rechtsmittelbelehrung .....	1034
6. Kompromissansatz .....	1036
IV. Verfahrensfehler .....	1036
<b>§ 8 Verfahrensbeteiligte .....</b>	<b>1037</b>
I. Hintergrund .....	1038
II. Anwendungsbereich .....	1039
III. Beteiligtenfähigkeit .....	1039
1. Beteiligtenfähigkeit bei Kommissionsangelegenheiten (§ 8 Abs. 1 a) .....	1040
2. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten einzelner Kommissionsmitglieder (§ 8 Abs. 1 b)) .....	1042
3. Beteiligtenfähigkeit bei Wahlverfahrensangelegenheiten (§ 8 Abs. 1 c)) .....	1043
4. Beteiligtenfähigkeit bei kommissionsbezogenen Koalitionsangelegenheiten (§ 8 Abs. 1 d)) .....	1045
5. Beteiligtenfähigkeit bei MAVO- oder E inigungsstellenangelegenheiten (§ 8 Abs. 2 a)) .....	1047
6. Beteiligtenfähigkeit bei Wahlverfahrensangelegenheiten (§ 8 Abs. 2 b)) .....	1048
7. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaften (§ 8 Abs. 2 c)) .....	1050
8. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten der Mitwirkung in Caritas-Werkstätten (§ 8 Abs. 2 d)) .....	1052
9. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten wegen der Rechtsstellung von Organmitgliedern (§ 8 Abs. 2 e)) .....	1054
IV. Ende der Beteiligtenfähigkeit .....	1058
V. Beteiligung .....	1059
VI. Fehler bei der Beteiligung .....	1060
1. Beteiligung zu Unrecht .....	1060
2. Nichtbeteiligung zu Unrecht .....	1061
<b>§ 9 Beiladung .....</b>	<b>1062</b>
I. Hintergrund .....	1063
II. Anwendungsbereich .....	1064
III. Voraussetzungen der Beiladung .....	1064
1. Anhängiges Verfahren .....	1064

2. Beizuladender Personenkreis .....	1065
IV. Verfahren der Beiladung .....	1068
1. Keine Antragstellung .....	1068
2. Keine mündliche Verhandlung .....	1068
3. Entscheidung .....	1068
4. Rechtsmittel .....	1069
V. Rechtsfolgen der Beiladung .....	1070
VI. Fehler bei der Beiladung .....	1070
1. Beiladung zu Unrecht .....	1070
2. Nichtbeiladung zu Unrecht .....	1071
<b>§ 10 Klagebefugnis .....</b>	<b>1071</b>
I. Hintergrund .....	1072
II. Anwendungsbereich .....	1072
III. Verletzung eigener Rechte oder von Organrechten .....	1072
1. Eigene Rechte .....	1072
2. Organrechte .....	1076
IV. Geltendmachung .....	1077
V. Rechtsfolgen .....	1077
<b>§ 11 Prozessvertretung .....</b>	<b>1077</b>
I. Hintergrund .....	1078
II. Anwendungsbereich .....	1078
III. Eigene Prozessführung .....	1078
IV. Fremde Prozessführung .....	1079
1. Anforderungen an den Vertretenen .....	1079
2. Anforderungen an den Vertreter .....	1080
V. Nachweis der Prozessvertretungsmacht .....	1080
VI. Fehler der Prozessvertretungsmacht .....	1080
<b>§ 12 Kosten (Gebühren und Auslagen) .....</b>	<b>1081</b>
I. Hintergrund .....	1081
II. Anwendungsbereich .....	1081
III. Kosten .....	1082
1. Gerichtsgebühren .....	1082
2. Auslagen .....	1082
3. Zeugen- und Sachverständigenentschädigung .....	1083
IV. Kostenentscheidung .....	1083
1. Urteil .....	1083
2. Beschluss .....	1083
V. Wirkung der Kostenentscheidung .....	1084
VI. Rechtsmittel .....	1084
VII. Streitwert .....	1084
<b>§ 13 Rechts- und Amtshilfe .....</b>	<b>1085</b>
I. Hintergrund .....	1085
II. Anwendungsbereich .....	1085
III. Rechtshilfe .....	1085
IV. Amtshilfe .....	1085

## Zweiter Teil. Aufbau der kirchlichen Gerichte für Arbeitsachen

### 1. Abschnitt. Kirchliche Arbeitsgerichte erster Instanz

<b>§ 14 Errichtung</b> .....	1086
I. Allgemeines .....	1086
1. Regelungsinhalt .....	1086
II. Errichtung der Arbeitsgerichte .....	1087
1. Grundsatz § 14 Abs. 1 KAGO .....	1087
2. Gemeinsame Kirchliche Arbeitsgerichte § 14 Abs. 2 .....	1087
<b>§ 15 Gerichtssitz/Dienstaufsicht/Geschäftsstelle</b> .....	1088
I. Allgemeines .....	1088
II. Sitz des Gerichts .....	1088
III. Dienstaufsicht .....	1089
IV. Geschäftsstelle .....	1090
1. Sitz der Geschäftsstelle .....	1090
2. Aufgaben der Geschäftsstelle .....	1090
<b>§ 16 Zusammensetzung/Besetzung</b> .....	1090
I. Allgemeines .....	1091
II. Zusammensetzung .....	1091
1. Dienstgeber .....	1091
2. Mitarbeiter .....	1091
III. Besetzung .....	1092
IV. Grundsatz der gegenseitigen Vertretung .....	1093
<b>§ 17 Rechtsstellung der Richter</b> .....	1093
I. Allgemeines .....	1094
II. Rechte und Pflichten der Richter .....	1094
1. Richterliche Unabhängigkeit .....	1094
2. Verschwiegenheitspflicht .....	1095
3. Aufwandsentschädigung .....	1095
<b>§ 18 Ernennungsvoraussetzungen/Beendigung des Richteramtes</b> .....	1096
I. Allgemeines .....	1097
II. Allgemeine Ernennungsvoraussetzungen .....	1097
1. Anforderung an alle Richter .....	1097
2. Zusätzliche Anforderungen an den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden .....	1098
3. Zusätzliche Anforderungen an die beisitzenden Richter .....	1098
III. Beendigung des Richteramtes .....	1099
1. Rücktritt .....	1099
2. Verlust des Richteramtes .....	1100
IV. Kontinuität .....	1101
<b>§ 19 Ernennung des Vorsitzenden</b> .....	1101
I. Allgemeines .....	1101
II. Leitungsgewalt des Diözesanbischofs .....	1101
III. Beispruchsberechtigte Beteiligte .....	1102
IV. Rechtsbehelf .....	1102

<b>§ 20 Ernennung/Mitwirkung der beisitzenden Richter</b> .....	1102
I. Allgemeines .....	1103
II. Ernennung .....	1103
III. Präsentationsrecht .....	1104
1. Beisitzende Richter der Dienstgeberseite .....	1104
2. Beisitzende Richter der Dienstnehmerseite .....	1104
IV. Ernennungsverfahren .....	1105
1. Ablauf .....	1105
2. Rechtsbehelf .....	1105
V. Heranziehung zur Sitzung .....	1105
<b>2. Abschnitt. Kirchlicher Arbeitsgerichtshof</b>	
<b>§ 21 Errichtung</b> .....	1106
I. Allgemeines .....	1107
II. Errichtung .....	1107
<b>§ 22 Zusammensetzung/Besetzung</b> .....	1107
I. Allgemeines .....	1108
II. Zusammensetzung .....	1108
1. Präsident und Vizepräsident .....	1108
2. Weitere Richter mit juristischer Ausbildung .....	1109
3. Beisitzende Richter .....	1109
III. Besetzung .....	1109
1. Entscheidung aufgrund mündlicher Verhandlung .....	1109
2. Entscheidung ohne mündliche Verhandlung .....	1109
IV. Geschäftsverteilungsplan .....	1110
V. Vertretungsregelung .....	1110
<b>§ 23 Dienstaufsicht/Verwaltung</b> .....	1110
I. Dienstaufsicht .....	1111
II. Verwaltung .....	1111
<b>§ 24 Rechtsstellung der Richter/Ernennungsvoraussetzungen/ Beendigung des Richteramtes</b> .....	1111
I. Rechtsstellung der Richter .....	1111
II. Ernennungsvoraussetzungen .....	1112
III. Beendigung des Richteramtes .....	1112
<b>§ 25 Ernennung des Präsidenten und der weiteren Mitglieder mit der Befähigung zum Richteramt</b> .....	1112
I. Allgemeines .....	1113
II. Ernennungsverfahren der Richter mit der Befähigung zum Richteramt .....	1113
1. Vorschlagsrecht .....	1113
2. Anhörungsberechtigte .....	1113
III. Ernennung .....	1114
<b>§ 26 Ernennung/Mitwirkung der beisitzenden Richter aus den Kreisen der Dienstgeber und Mitarbeiter</b> .....	1114
I. Allgemeines .....	1115
II. Ernennungsverfahren .....	1115

1. Vorschlagsrecht .....	1115
2. Angemessene Berücksichtigung .....	1115
III. Mitwirkung der beisitzenden Richter .....	1116

### Dritter Teil.

## Verfahren vor den kirchlichen Gerichten für Arbeitssachen

### 1. Abschnitt. Verfahren im ersten Rechtszug

#### 1. Unterabschnitt. Allgemeine Verfahrensvorschriften

<b>§ 27 Anwendbares Recht .....</b>	<b>1116</b>
I. Systematische Bedeutung der Vorschrift .....	1116
1. Grundsätzlicher Regelungsgehalt .....	1116
2. Abweichungen und Friktionen .....	1117
II. Praktisches Vorgehen .....	1118
<b>§ 28 Klageschrift .....</b>	<b>1118</b>
I. Parallelnormen .....	1119
II. Bedeutung der Vorschrift .....	1119
III. Anforderungen an die Klage .....	1119
1. Formales .....	1119
2. Inhalt der Klageschrift .....	1119
IV. Wirkungen der Klageerhebung .....	1122
<b>§ 29 Klagerücknahme .....</b>	<b>1122</b>
I. Parallelnorm .....	1123
II. Bedeutung der Vorschrift .....	1123
III. Voraussetzungen einer wirksamen Klagerücknahme .....	1123
1. Zeitpunkt .....	1123
2. Form der Rücknahme .....	1123
3. Einstellung des Verfahrens .....	1123
4. Rechtsmittel .....	1124
<b>§ 30 Klageänderung .....</b>	<b>1124</b>
I. Parallelnorm .....	1125
II. Bedeutung der Vorschrift .....	1125
III. Zulässigkeit der Klageänderung .....	1125
1. Zustimmung der Beteiligten .....	1125
2. Sachdienlichkeit .....	1126
3. In der Revisionsinstanz .....	1126
<b>§ 31 Zustellung der Klage/Klageerwiderung .....</b>	<b>1126</b>
<b>§ 32 Ladung zur mündlichen Verhandlung .....</b>	<b>1127</b>
<b>§ 33 Vorbereitung der mündlichen Verhandlung .....</b>	<b>1128</b>
I. Parallelnorm .....	1129
II. Systematische Bedeutung der Vorschrift .....	1129
III. Vorbereitung der streitigen Verhandlung .....	1130
1. Ergänzung des Vorbringens u. a., Nr. 1 .....	1130
2. Einholung von Auskünften, Nr. 2 .....	1131
3. Anordnung des persönlichen Erscheinens, Nr. 3 .....	1131
4. Ladung von Zeugen und Sachverständigen, Nr. 4 .....	1132

5. Benachrichtigung der Parteien .....	1133
IV. Zurückweisung verspäteten Vorbringens .....	1133
1. Anspruch auf rechtliches Gehör .....	1133
2. Voraussetzungen der Präklusion nach § 33 Abs. 2 .....	1133
3. Präklusion bei Verstößen gegen die allgemeine Prozessförderungspflicht .....	1135
4. Entscheidung über die Zurückweisung .....	1136
<b>§ 34 Alleinentscheidung durch den Vorsitzenden .....</b>	<b>1136</b>
I. Parallelnorm .....	1137
II. Systematische Bedeutung der Vorschrift .....	1137
III. Alleinentscheidung nach den Absätzen 1 und 2 .....	1138
1. Zurücknahme der Klage .....	1138
2. Verzicht auf den geltend gemachten Anspruch .....	1138
3. Anerkenntnis des geltend gemachten Anspruchs .....	1139
4. Fakultative mündliche Verhandlung .....	1139
IV. Alleinentscheidung auf Antrag beider Parteien, Abs. 3 .....	1139
V. Beweisbeschluss vor streitiger Verhandlung, Abs. 4 .....	1140
<b>§ 35 Ablehnung von Gerichtspersonen .....</b>	<b>1141</b>
I. Bedeutung der Vorschrift .....	1142
II. Ausschließung vom Richteramt, § 41 ZPO .....	1142
III. Ablehnung eines Richters .....	1143
<b>§ 36 Zustellungen und Fristen .....</b>	<b>1144</b>
<b>§ 37 Wiedereinsetzung in versäumte Fristen .....</b>	<b>1145</b>
I. Systematische Bedeutung der Vorschrift .....	1146
II. Voraussetzungen der Wiedereinsetzung .....	1146
1. Versäumung einer Ausschlussfrist .....	1146
2. Kein Verschulden .....	1146
3. Form- und fristgerechter Antrag .....	1147
<b>2. Unterabschnitt. Mündliche Verhandlung</b>	
<b>§ 38 Gang der mündlichen Verhandlung .....</b>	<b>1147</b>
I. Überblick .....	1148
II. Parallele Rechtsnormen .....	1148
III. Der Grundsatz mündlicher Verhandlung .....	1149
1. Mündliche Verhandlung .....	1149
2. Schriftliches Verfahren .....	1149
3. Keine Bindung .....	1150
4. Videokonferenz .....	1150
IV. Prozessleitung .....	1151
1. Die formelle Prozessleitung .....	1151
2. Die materielle Prozessleitung .....	1154
<b>§ 39 Anhörung Dritter .....</b>	<b>1158</b>
I. Überblick .....	1158
II. Parallele Rechtsnormen .....	1158
III. Dritte .....	1158
1. Beteiligte .....	1158

2. Beigeladene .....	1158
3. Dritte, die nach § 2 Abs. 1 und 2 der genannten Ordnungen im einzelnen Fall betroffen sind .....	1159
IV. Ermessen des Gerichts .....	1159
<b>§ 40 Beweisaufnahme</b> .....	1160
I. Überblick .....	1161
II. Parallele Rechtsnormen .....	1161
III. Beweisrecht .....	1161
1. Unstreitige Tatsachen .....	1162
2. Als unstreitig anzusehende Tatsachen .....	1162
3. Offenkundige/Allgemeinkundige Tatsachen .....	1162
4. Gerichtskundige Tatsachen .....	1163
5. Geständnis .....	1163
6. Nichtberücksichtigung von Beweisangeboten .....	1163
7. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz .....	1164
IV. Beweismittel .....	1165
1. Der Zeuge .....	1165
2. Sachverständige .....	1168
3. Urkunden .....	1168
4. Beteiligte .....	1169
5. Augenschein .....	1169
6. Einholung von Auskünften .....	1169
V. Beweisverbote .....	1170
VI. Ergebnis der Beweisaufnahme .....	1171
VII. Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme .....	1171
1. Grundsatz: Beweisaufnahme vor der Kammer .....	1171
2. Ausnahmen .....	1171
VIII. Grundsatz der „Beteiligtenöffentlichkeit“ .....	1173
1. Benachrichtigung der Beteiligten .....	1173
2. Fragerecht der Beteiligten .....	1173
<b>§ 41 Vergleich, Erledigung des Verfahrens</b> .....	1173
I. Überblick .....	1174
II. Parallele Rechtsnormen .....	1174
III. Vergleich .....	1174
1. Gestaltung durch Vergleich .....	1174
2. Form .....	1175
3. Vergleich im schriftlichen Verfahren .....	1175
4. Verfügungsbefugnis .....	1176
5. Außergerichtlicher Vergleich .....	1176
IV. Übereinstimmende Erledigung .....	1176
1. Unabhängig von der Verfügungsbefugnis .....	1176
2. Rechtsfolge der Erledigung .....	1177
3. Die übereinstimmende Erledigung .....	1177
4. Vorgehensweise .....	1177
5. Unterbliebene Erledigungserklärung eines Beteiligten .....	1178
6. Form der Entscheidung .....	1178
V. Einseitige Erledigung .....	1178



1. Erledigungserklärung	1178
2. Form	1178
3. Einseitige Erledigung des Klägers/Antragstellers	1179
4. Erledigendes Ereignis	1179
5. Gerichtliche Entscheidung	1179
6. Form der Entscheidung	1180
7. Einseitige Erledigung anderer Beteiligter	1180
8. Erledigung von Amts wegen	1180
<b>§ 42 Beratung und Abstimmung</b>	1181
I. Überblick	1181
II. Parallele Normen	1181
III. Ausschluss der Öffentlichkeit	1181
1. Kollegialgericht	1181
2. Ausbildungspersonen	1182
IV. Abstimmungsvorgang	1182
1. Stimmabgabe	1182
2. Reihenfolge	1182
3. Abstimmungsergebnis	1183
V. Das Beratungsgeheimnis	1183
<b>§ 43 Urteil</b>	1183
I. Überblick	1184
II. Parallele Normen	1185
III. Urteilsgrundlage	1185
1. Sachlage	1185
2. Rechtslage	1185
IV. Grundsatz der freien Beweiswürdigung	1185
1. Keine Bindung an gesetzliche Beweisregeln	1186
2. Bindung an Denk-, Natur- und Erfahrungsgesetze	1186
3. Nachvollziehbare Begründung	1186
4. Maßstab	1187
V. Das Urteil	1187
1. Schriftform	1187
2. Aufbau des Urteils	1187
3. Verkündung	1189
4. Nachweis der Verkündung	1191
5. Vollständig fehlende Verlautbarung	1193
VI. Entscheidungsformen	1194
1. Endurteil	1194
2. Teilurteil	1194
3. Vorbehaltsurteil	1194
4. Zwischenurteil	1194
5. Verzicht-/und Anerkenntnisurteil	1195
6. Versäumnisurteil	1195
7. Urteil im schriftlichen Verfahren nach § 7 Abs. 1 S. 2 KAGO	1195
VII. Berichtigung und Ergänzung	1195
1. Urteilsberichtigung	1195
2. Tatbestandsberichtigung	1196

VIII. Rechtliches Gehör .....	1196
IX. Verbot der Überraschungsentscheidung § 43 Abs. 2 .....	1197
1. Entscheidungserheblichkeit .....	1197
2. Tatsächliche und rechtliche Gesichtspunkte .....	1197
3. Einzelfälle .....	1197
<b>3. Unterabschnitt. Besondere Verfahrensarten</b>	
I. Vorbemerkung .....	1198
<b>§ 44 Auflösung der Mitarbeitervertretung/Verlust der Mitgliedschaft in der Mitarbeitervertretung</b> .....	1199
I. Bedeutung der Vorschrift .....	1199
II. Anwendungsbereich .....	1199
1. Auflösung der Mitarbeitervertretung (§ 13 Abs. 3 Nr. 6 MAVO) .....	1200
2. Verlust der Wählbarkeit in der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 4 Alt. 1 MAVO) .....	1200
3. Grobe Vernachlässigung oder Verletzung der Befugnisse und Pflichten als Mitglied der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 4 Alt. 2 MAVO) .....	1201
III. Klagefristen .....	1202
IV. Klagebefugnis .....	1203
<b>§ 44a Verlust der Mitgliedschaft in einer Kommission nach Art. 7 GrO</b> .....	1204
I. Bedeutung der Vorschrift .....	1204
II. Anwendungsbereich .....	1205
1. Kommissionen nach Art. 7 GrO .....	1205
2. Amtsenthebung bzw. Feststellung des Verlustes der Mitgliedschaft .....	1206
III. Klagebefugnis .....	1207
1. Die Hälfte der Mitglieder einer Kommission .....	1207
2. Mehrheit der Mitglieder einer Seite .....	1208
IV. Klagefrist .....	1208
<b>§ 44b Wahlprüfungsklage</b> .....	1208
I. Bedeutung der Vorschrift .....	1208
II. Anwendungsbereich .....	1209
1. Ungültigkeit der Wahl einer MAV oder eines MAV-Mitglieds ..	1209
2. Feststellung der Ungültigkeit der Wahl einer Kommission nach Art. 7 GrO oder eines Mitarbeitervertreters einer Kommission nach Art. 7 GrO .....	1210
III. Klagefrist .....	1212
<b>§ 45 Organstreitverfahren über Zuständigkeit einer nach Artikel 7 GrO gebildeten Kommission</b> .....	1212
I. Bedeutung der Vorschrift .....	1212
II. Streitgegenstand – Organstreitverfahren .....	1213
III. Beteiligungsfähige Kommissionen .....	1213
IV. Beschlussquorum .....	1213

## 2. Abschnitt. Verfahren im zweiten Rechtszug

§ 46 Anwendbares Recht	1214
§ 47 Revision	1215
I. Revision zum KAGH	1215
II. Revisionsgründe	1216
1. Grundsätzliche Bedeutung einer Rechtssache	1216
2. Abweichung von anderen Entscheidungen	1217
3. Verfahrensmängel	1217
III. Nichtzulassungsbeschwerde	1217
§ 48 Nichtzulassungsbeschwerde	1218
I. Beschwerdeberechtigte	1218
II. Fristen	1219
1. Einreichung der Beschwerde	1219
2. Fristberechnung	1219
3. Begründung der Beschwerde	1220
III. Beschluss des KAGH	1220
§ 49 Revisionsgründe	1220
I. Verletzung einer Rechtsnorm	1221
II. Revisionsgründe	1222
1. Vorschriftwidrige Besetzung des erkennenden Gerichts	1222
2. Mitwirkung eines kraft Gesetzes ausgeschlossenen oder eines befangenen Richters	1222
3. Versagung des rechtlichen Gehörs	1223
4. Verstoß gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit	1223
5. Fehlen der Urteilsgründe	1224
§ 50 Einlegung der Revision	1224
§ 51 Revisionsentscheidung	1226

## 3. Abschnitt. Vorläufiger Rechtsschutz

§ 52 Einstweilige Verfügung	1228
I. Systematik und Bedeutung der Norm	1228
II. Verfügungsarten	1229
1. Sicherungsverfügung	1230
2. Regelungsverfügung	1230
3. Leistungs- oder Befriedungsverfügung	1230
III. Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Verfügung	1231
1. Antrag	1231
2. Verfügungsanspruch	1232
3. Verfügungsgrund	1233
4. Glaubhaftmachung	1235
IV. Verfahren	1236
1. Verfügungsgericht	1236
2. Alleinzuständigkeit des Vorsitzenden	1237
3. Rechtliches Gehör	1237
V. Rechtsmittel	1238

VI. Keine Zwangsvollstreckung .....	1238
VII. Kosten des Verfahrens .....	1239

#### 4. Abschnitt. Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen

<b>§ 53 Vollstreckungsmaßnahmen .....</b>	<b>1239</b>
I. Überblick .....	1240
II. Parallele Rechtsnormen .....	1241
III. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung .....	1241
1. Allgemeine Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen .....	1241
2. Vollstreckungsmaßnahmen .....	1242
IV. Fazit .....	1244
<b>§ 54 Vollstreckung von Willenserklärungen .....</b>	<b>1245</b>
I. Überblick .....	1245
II. Parallele Rechtsnormen .....	1245
III. Fiktion der Abgabe der Willenserklärung .....	1245
1. Rechtsfolge .....	1245
2. Voraussetzung .....	1246
IV. Praxisempfehlung .....	1246

#### 5. Abschnitt. Beschwerdeverfahren

<b>§ 55 Beschwerde .....</b>	<b>1246</b>
I. Systematik und Bedeutung der Norm .....	1247
II. Verweis aus ArbGG und ZPO .....	1248
III. Statthaftigkeit .....	1248
1. Prozessleitende Entscheidung .....	1249
2. Keine Unanfechtbarkeit der Entscheidung .....	1250
3. Vollstreckungsmaßnahmen .....	1251
4. Einstweilige Verfügung .....	1251
IV. Einlegung der Verfahrensbeschwerde .....	1252
1. Beschwer .....	1252
2. Frist .....	1252
3. Form .....	1252
4. Keine aufschiebende Wirkung .....	1253
V. Entscheidung über die Verfahrensbeschwerde .....	1253
1. Abhilfeentscheidung .....	1253
2. Entscheidungen durch den Kirchlichen Arbeitsgerichtshof .....	1254

#### Vierter Teil. Schlussvorschriften

<b>§ 56 Inkrafttreten .....</b>	<b>1255</b>
---------------------------------	-------------

#### Kirchliche Datenschutzgerichtsordnung (KDSGO)

Einleitung .....	1257
I. Der verfassungsrechtliche Rahmen des kirchlichen Datenschutzrechts; Kirchliche Selbstbestimmung .....	1257
II. Gesetzgebungsverfahren .....	1258
III. Grundsätzlicher Ausschluss staatlichen Rechtsschutzes .....	1259
IV. Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes .....	1259

V. Auslegung der KDSGO .....	1259
VI. Kein spezieller gerichtlicher Rechtsschutz in Datenschutzangelegenheiten vor dem Inkrafttreten von KDG und KDSGO .....	1261
VII. KDSGO und eine allgemeine kirchliche Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	1261
<b>Präambel</b> .....	1262
I. Aufbau der Präambel .....	1262
II. KDSGO-Gesetzgebung .....	1262
III. KDSGO und KAGO .....	1264
IV. Selbstbestimmte Selbstbindung .....	1265
V. Kirchliches Regelungsinteresse .....	1265
<b>§ 1 Errichtung Kirchlicher Gerichte in Datenschutzangelegenheiten</b> ...	1267
I. Gerichtsbarkeit in der katholischen Kirche .....	1268
II. Datenschutzgerichte .....	1268
1. Errichtung .....	1268
2. Gerichtsherr .....	1268
3. Amtszeit .....	1270
4. Dekret der Apostolischen Signatur .....	1270
III. Instanz .....	1272
<b>§ 2 Sachliche Zuständigkeit und Verfahrensvorschriften</b> .....	1273
I. Zuständigkeit Kirchliche Gerichte in Datenschutzangelegenheiten .....	1274
1. Grundsatz (§ 2 Abs. 1 S. 1) .....	1274
2. Keine Normenkontrolle .....	1281
3. Altfälle .....	1281
II. Erstinstanzliches Verfahren; Zuständigkeit Interdiözesanes Datenschutzgericht Köln .....	1283
1. Bisher ein Interdiözesanes Datenschutzgericht Köln .....	1283
2. Auf Antrag (§ 2 Abs. 2 S. 1) .....	1284
3. Prüfungsgegenstand IDSG (1. Alternative): vorangegangene Entscheidung der Datenschutzaufsicht .....	1288
4. Prüfungsgegenstand IDSG (2. Alternative): gerichtliche Entscheidung gegen den Verantwortlichen. ....	1289
5. Prüfungsgegenstand IDSG (3. Alternative): gerichtliche Rechtsbehelfe gegen kirchlichen Auftragsverarbeiter .....	1291
III. Mögliche Antragsteller (§ 2 Abs. 2 S. 2) .....	1292
1. Grundsatz .....	1292
2. Juristische Person; Träger der Einrichtung .....	1292
3. Mitarbeitervertretung (MAV) .....	1292
4. Der einzelne handelnde Mitarbeiter als Verantwortlicher .....	1292
IV. Verwirkung Antragsrecht betroffene Person (§ 2 Abs. 2 S. 3) .....	1293
1. Verwirkung im staatlichen Prozessrecht .....	1293
2. Antragsfrist; Verwirkungsfiktion .....	1293
3. Nachweis Fristbeginn .....	1294
V. Frist Antrag des Verantwortlichen .....	1294
VI. Tatbestandswirkung Bescheide Datenschutzaufsicht .....	1294

VII. Aussetzung wegen Voreigentlichkeit (§ 148 ZPO) .....	1294
VIII. Akteneinsicht im datenschutzgerichtlichen Verfahren .....	1295
IX. Zweitinstanzliches Verfahren; Beschwerde zum Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz .....	1297
1. Grundsatz; Erfordernis der Beschwer .....	1297
2. Beschwerderecht und Art. 79 Abs. 1 DS-GVO iVm Art. 91 DS-GVO .....	1297
3. Instanzenzug und Art. 47 GRCh .....	1298
4. Instanzenzug und Kanonisches Prozessrecht .....	1298
X. Vorlage an EuGH (Art. 267 AEUV) .....	1299
<b>§ 3 Zusammensetzung Kirchlicher Gerichte in Datenschutzangelegenheiten und Ernennungsvoraussetzungen</b> .....	1300
I. Überblick .....	1300
II. Mitglieder des Gerichts .....	1301
1. Zusammensetzung .....	1301
2. Bindung an staatliches und kirchliches Recht .....	1302
3. Richterliche Unabhängigkeit .....	1302
<b>§ 4 Aufbringung der Mittel</b> .....	1302
<b>§ 5 Besetzung der Kirchlichen Gerichte in Datenschutzangelegenheiten</b> .....	1303
I. Übersicht .....	1304
II. Besetzung .....	1304
1. Interdiözesanes Datenschutzgericht .....	1304
2. Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz .....	1305
III. Verteilung der Verfahren .....	1305
IV. Vertretung .....	1306
<b>§ 6 Richter</b> .....	1307
I. Übersicht .....	1308
II. Amtszeit .....	1308
III. Ernennung .....	1309
IV. Dienstaufsicht .....	1312
V. Vorzeitiges Ausscheiden eines Richters .....	1313
1. Rücktritt .....	1313
2. Amtsenthebung .....	1313
VI. Weitere Bestimmungen .....	1315
<b>§ 7 Verfahrensbeteiligte, Bevollmächtigte und Beistände</b> .....	1315
I. Beteiligte (§ 7 Abs. 1). .....	1316
1. Betroffene Person .....	1316
2. Verantwortlicher .....	1316
3. Kirchlicher Auftragsverarbeiter .....	1317
4. Zuständige Datenschutzaufsicht .....	1317
5. Rechtsposition der Beteiligten .....	1317
II. Vertretung; Rechtsbeistand (§ 7 Abs. 2) .....	1318
1. Recht auf faires Verfahren; Rechtsbeistand .....	1318
2. Recht des Rechtsanwalts .....	1318
3. Entzug Bevollmächtigung .....	1319

4. Zeuge; Rechtsbeistand	1319
III. Nachweis Bevollmächtigung (§ 7 Abs. 3)	1319
1. Originalvollmacht	1319
2. Vollmangelmangel bei Klageerhebung/Antragstellung	1320
<b>§ 8 Verfahrenseinleitung</b>	1320
I. Antragsbefugnis	1321
1. Einleitung erstinstanzliches Verfahren (IDSG)	1321
2. Personenbezogene Daten	1321
3. Verarbeitung	1321
4. Verletzung in eigenen Rechten	1322
II. Antragsbefugnis bei Untätigkeit der Datenschutzaufsicht	1322
1. Das datenschutzbehördliche Vorverfahren (Beschwerdeverfahren) nach dem KDG	1323
2. Unterrichtungspflicht (§ 48 Abs. 4 KDG)	1324
3. Untätigkeit der Datenschutzaufsicht (§ 8 Abs. 1 S. 2)	1325
III. Antragsfrist des Verantwortlichen	1325
1. Grundsatz: Monatsfrist	1325
2. Rechtsbehelfsbelehrung und Antragsfrist	1325
3. Zugangsnachweis	1326
<b>§ 9 Ausschluss</b>	1326
<b>§ 10 KDSGO Ablehnung</b>	1327
I. Grundsätzliches; Prinzip des gesetzlichen Richters	1328
II. Begründetes Misstrauen gegen die Unparteilichkeit (§ 10 Abs. 1)	1328
III. Amtsermittlung, Hinweispflicht (§ 139 ZPO) und Befangenheit	1329
IV. Verlust Ablehnungsrecht (§ 10 Abs. 4)	1331
V. Beschluss (§ 10 Abs. 3 S. 1)	1331
VI. Handlungen, die keinen Aufschub dulden (§ 10 Abs. 2 S. 2)	1331
VII. Selbstanzeige (§ 10 Abs. 5)	1333
<b>§ 11 Antragsschrift</b>	1333
I. Form des Antrags; schriftlich (§ 11 Abs. 1 S. 1 KDSGO).	1334
1. Eigenhändige Unterschrift	1334
2. Einreichung Antrag per Fax	1335
3. Einreichung Antrag in Form einer oder als Anlage zu einer E-Mail	1335
4. Elemente der Klageschrift nach kanonischem Recht	1336
II. Angabe Wohnort; Angabe ladungsfähige Anschrift	1336
III. Bezeichnung des Gegenstands der Überprüfung (§ 11 Abs. 1 S. 2 KDSGO)	1337
IV. Bestimmtes Begehren (§ 11 Abs. 1 S. 2 KDSGO)	1337
V. Einreichung der Antragsschrift bei Datenschutzaufsicht oder Gericht (§ 11 Abs. 1 S. 1 KDSGO); Fristwahrung	1338
1. Einreichung der Antragsschrift beim Gericht (IDSG Köln)	1338
2. Einreichung der Antragsschrift bei der Datenschutzaufsicht	1339
3. Fristversäumung; Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 60 VwGO analog)	1340

VI. Angabe Tatsachen und Beweismittel (§ 11 Abs. 1 S. 3 KDSGO) und Beifügung Abschriften (§ 11 Abs. 3 KDSGO) .....	1342
VII. Fristwahrung bei nicht in allen Punkten dem Prozessrecht genügender Klageerhebung .....	1343
<b>§ 12 Verfahren nach Eingang der Antragschrift</b> .....	1343
I. Geltungsbereich .....	1344
II. Stellungnahme .....	1344
III. Beteiligung Dritter .....	1345
IV. Anträge .....	1346
<b>§ 13 Verfahren vor dem Interdiözesanen Datenschutzgericht</b> .....	1346
I. Grundsätze der Verfahrensführung .....	1347
II. Schriftlichkeitsprinzip .....	1348
III. Mündliche Anhörung .....	1348
<b>§ 14 Ergebnis des Verfahrens</b> .....	1349
I. Beschlussfassung .....	1349
II. Entscheidungsmöglichkeiten .....	1349
<b>§ 15 Beschluss</b> .....	1351
<b>§ 16 Kosten des Verfahrens</b> .....	1352
I. Gerichtsgebühren vor dem IDSG; Einklangsgesetz (Art. 91 Abs. 1 DS-GVO) .....	1352
II. Auslagererstattung aufgrund materiell-rechtlicher Vorschriften ...	1354
1. Zuständigkeit der kirchlichen Datenschutzgerichtsbarkeit .....	1354
2. Materiell-rechtliche Vorschriften zur Auslagererstattung; Rechtsanwaltskosten; Reisekosten .....	1354
III. Keine gerichtliche Vorklärung der Auslagererstattung .....	1356
IV. Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen .....	1356
1. Zeugen .....	1356
2. Sachverständige .....	1357
3. Dolmetscher .....	1358
4. Ausschlussfrist .....	1358
<b>§ 17 Verfahren vor dem Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz</b> .....	1358
I. Terminologie .....	1360
II. Beschwerdeberechtigte (§ 17 Abs. 1 S. 1) .....	1360
III. Beschwerdefrist; Beschwerdebegründung (§ 17 Abs. 1 S. 1) .....	1360
IV. Keine gesonderte Anfechtung der Kostenscheidung (§ 17 Abs. 1 S. 2) .....	1361
V. Verweisung auf Verfahrensregeln des erstinstanzlichen Verfahrens (§ 17 Abs. 2 S. 1) .....	1361
1. Verfahrensbeteiligte, Bevollmächtigte und Beistände (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 7) .....	1362
2. Verfahrenseinleitung (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 8) .....	1364
3. Ausschluss und Ablehnung von Richtern § 17 Abs. 2 S. 1 iVm §§ 9, 10 .....	1365
4. Beschwerdeschrift (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 11) .....	1365



5. Verfahren nach Eingang der Beschwerdeschrift (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 12) .....	1367
6. Verfahren vor dem Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 13) .....	1368
7. Ergebnis des Verfahrens (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 14) .....	1373
8. Beschluss (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 15) .....	1374
9. Kosten des Verfahrens (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 16) .....	1377
<b>§ 18 Inkrafttreten</b> .....	1377
Stichwortverzeichnis .....	1379